

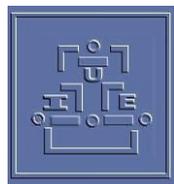
Flächiges Gedenken

Gruppe Or-Om

Siegfried Pfliegerl

<http://portal.or-om.org>

März 2008



e-book 2008

N©= No Copyright

Flüchiges Gedenken	3
Ideologiemilieu Österreichs und ihr Antisemitismus.....	3
Historisches Milieu.....	3
Arten des Antisemitismus.....	3
Stellung der Juden	3
1 – "Christlichsozial konservatives Lager"	6
Christlichsoziale Partei und Vaterländische Front.....	6
Lueger	7
Seipel	9
Die Heimwehrbewegung	12
2 – "Nationales Lager"	13
Antisemitenbund.....	16
Nationalsozialisten	16
Katholisch-Nationale	17
3 – "Sozialistisches Lager"	18
Viktor Adler.....	18
Der Antisemitismus der Sozialdemokratie	21
Der Weg in die Massenvernichtung	22
Die Dimension des Totalitarismus nach Kershaw	22
Die Dimension des Faschismus nach Kershaw	23
Verhältnis Ideologie – Politik – Wirtschaft nach Kershaw.....	25
Der Weg in die Vernichtung.....	28
Wirtschaftliche Ebene.....	28
Politisch-national-rassistische Ebene.....	28
Eingriffe in die bürgerliche politische Identität	28
Wirtschaftliche Ebene	29
Weitere politische Entrechtung und physische Bedrohung	29
Ausdehnung auf Europa.....	29
Polen	30
Gesamtlösung.....	30
Frankreich und Holland	30
Genesis der Endlösung	31
Neue Formen des Antisemitismus.....	34
Die Wiederkehr der "Neuen Rechten"	34
Neuer Antisemitismus der Linken	36
Antisemitismus der antizionistischen Linken?	36
Der Antisemitismus der Parteien in der Mitte	38
Zusammenfassung	39
Privates und öffentliches Gewissen – Die Walser-Bubis-Debatte.....	39
Vorschläge.....	44
Ausgewählte Literatur	46

Flächiges Gedenken

In dieser Studie bietet Gruppe Or-Om aus ihren Untersuchungen einen Abschnitt in welchen die Entwicklung des Antisemitismus vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung des Faschismus dargestellt wird. Auch nach 1945 bilden sich jedoch bereits wieder heikle Revivals alter Ideen und Milieus.

Ideologiemilieus Österreichs und ihr Antisemitismus

Historisches Milieu

Politische Herausforderung des historischen Hintergrundes: Wirtschaftsliberalismus als Ausfluss des allgemeinen Liberalismus (Freiheit der Persönlichkeit), der sich aus der idealistischen Phase in den materialistischen Liberalismus (Darwinismus, Manchesterlehre), "freies Spiel der Kräfte", "Kampf aller gegen alle", "natürliche Zuchtwahl" weiterentwickelte. Auch in Österreich kam es zur "industriellen Revolution", Grosstadtproletariat, wirtschaftliche Bedrohung des Kleinbürgertums, des Handwerks und Gewerbes; Börsenkrach 1873; Millionenarmee von Unzufriedenen; Vertrauenskrise in den Liberalismus¹.

Gleichzeitig kam es zur Auflösung und Destabilisierung der Monarchie durch Nationalismen, welche die deutschsprachigen Angehörigen des Reiches als bedrohte, zum Teil privilegierte Minderheit erscheinen ließen, der nunmehr eine Desozialisierung drohte; vor allem in der Bürokratie und im Heerwesen.

Politisch wichtig ist zu beachten, dass sich bis 1938 die meisten Österreicher als Deutsche fühlten, dass es einen *deutschen*, aber keinen *österreichischen* Nationalismus gab (Carsten). Nach dem Zusammenbruch 1918 waren alle österreichischen Parteien für den Anschluss, weil sie das kleine Deutschösterreich nicht für lebensfähig hielten.

Arten des Antisemitismus

Pauley versucht, bestimmte traditionelle Kategorien des Antisemitismus (religiös, wirtschaftlich, sozial und rassistisch) den verschiedenen Parteien und Bewegungen zuzuordnen.²

Stellung der Juden

Nach dem scheinbaren Rückgang des Antisemitismus in der Zeit von 1897 bis 1914 hofften die Juden auf generelle Besserung. Die Juden bewiesen ihre Loyalität zur Dynastie der Habsburger und dem Staat Österreich-Ungarn.³ Die Zuwanderung von Ostjuden, vor allem aus Galizien, schon vor dem Ersten Weltkrieg und in seiner Folge führte zu Spannungen zwischen den assimilierten Juden und der Majorität. Auch wenn die überwiegende Zahl der

1 Eine Zusammenfassung des Verhältnisses von Juden und Liberalismus bzw. Liberalismus und Juden enthält Bunzl 1983, 24 f.

2 Wichtige frühere Analysen bietet vor allem Bunzl 1983.

3 "In der Stunde der Gefahr fühlen wir uns als vollberechtigte Bürger dieses Staates. Mit dem Blute unserer Kinder, mit unserem Hab und Gut wollen wir dem Staat beweisen, daß wir seine getreuen Bürger sind, so gut wie irgendeiner ... Nach diesem Kriege mit allen seinen Schrecken darf es keine antisemitische Hetze mehr in Österreich geben ... Wir werden uns den Anspruch auf volle, ungeschmälerte Gleichberechtigung, auf die rückhaltlose Anerkennung unserer staatsbürgerlichen Rechte erkämpfen." (Pauley 1993, 100 f., wo sich weitere Details finden.)

Flüchtlinge nach dem Krieg zurückkehrte, bildete und hielt sich der Vorwurf, die Ostjuden verursachten Wohnungsnot, Lebensmittelknappheit und seien die Kriegsgewinnler, Schieber, Spekulanten und Wucherer. Allgemein wurde den Juden Bereicherung aus dem Krieg vorgeworfen. Das 1917 neu eröffnete Parlament war bereits wieder ein Forum antisemitischer Abgeordneter der Christlichsozialen Partei und etlicher deutschnationaler Parteien. "Der Erste Weltkrieg erwies sich als ein wichtiger Wendepunkt in den Beziehungen zwischen den Juden und der deutschsprachigen Bevölkerung sowohl in Österreich als auch in Deutschland" (Pauley 1993, 112).

Das Ende der autoritären politischen Struktur der Monarchie und deren Überführung in eine demokratischere beseitigte in Österreich den relativ erhöhten Schutz der Juden. Die *Demokratisierung* bis zur Errichtung des Ständestaates durch Dollfuß führte durch die Ausweitung des Zeitungswesens und die Bildung zahlreicher doktrinärer Parteien zu einer starken Belebung des Antisemitismus. Keineswegs aber war die Demokratie die Ursache des Antisemitismus.

"Einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Antisemitismus herzustellen, wirkt bereits ernüchternd; vollends deprimierend ist, daß auch eine Parallele zwischen Antisemitismus, Erziehung und Religiosität festzustellen ist. Daher war die Wahrscheinlichkeit, daß Sozialisten mit nur achtjähriger Schulbildung und atheistischer Lebenseinstellung Antisemitisten waren, weitaus geringer als bei regelmäßigen Kirchengängern und Personen mit akademischem Grad" (Pauley 1993, 115). Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Krisen und Angst vor den Juden ist offensichtlich. Daher gab es die Höhepunkte in den wirtschaftlich schlimmsten Zeiten von 1918 bis 1923, dann wieder nach 1930. Der akademische Antisemitismus zu Ende der Monarchie und am Beginn der Republik war zum Teil durch einen – allerdings nur vorübergehend – objektiv hohen Anteil "jüdischer" Studenten stark angestiegen.⁴ Die Universitäten waren generell deutlich überfüllt. Es gab Vorschläge wie *numerus clausus* für Juden und Ostjuden. Bedroht fühlten sich insbesondere Kinder von Regierungsbeamten, Offizieren und kleinen Kaufleuten, die durch die Übergangsphase existentiell labilisiert waren (z. B. Entlassung tausender Beamter im Zuge eines 126-Millionen-Dollarkredites in den Genfer Protokollen). Ab 1919 kam es zu einem Zusammenschluss völkischer und katholischer Studenten mit antisemitischen, rassistischen Prinzipien. Im Weiteren bildete sich 1919 die Deutsche Studentenschaft. Auch die Forderung nach einem *numerus clausus* für jüdische Professoren sowie deren Ausschluss von Universitätsfunktionen verbreitete sich. Sowohl in Wien als auch in anderen Städten kam es zu antisemitischen Ausschreitungen. Es ist auch nachzuweisen, dass von den österreichischen Studentenorganisationen Druck auf deutsche Vergleichsverbände ausgeübt wurde, ihre radikaleren und rassistischen Ansichten zu übernehmen. Seit der Verbesserung der Wirtschaftslage im Jahr 1924 kam es zu einer Abnahme der Studentenzahlen allgemein und der jüdischen im Besonderen. Die Unruhen flauten ab.

1925 kam es zum Mord am Romanschriftsteller jüdischer Herkunft Hugo Bettauer, dem Autor des satirisch-prophetischen Romans "Die Stadt ohne Juden. Ein Roman von übermorgen." Er wurde von den Parteien des konservativen Lagers als "roter Dichter", "schamlosester Jugendverderber" und "Vater der erotischen Revolution" bezeichnet. Das Urteil im Mordprozess war offensichtlich bereits ideologisch gefärbt.

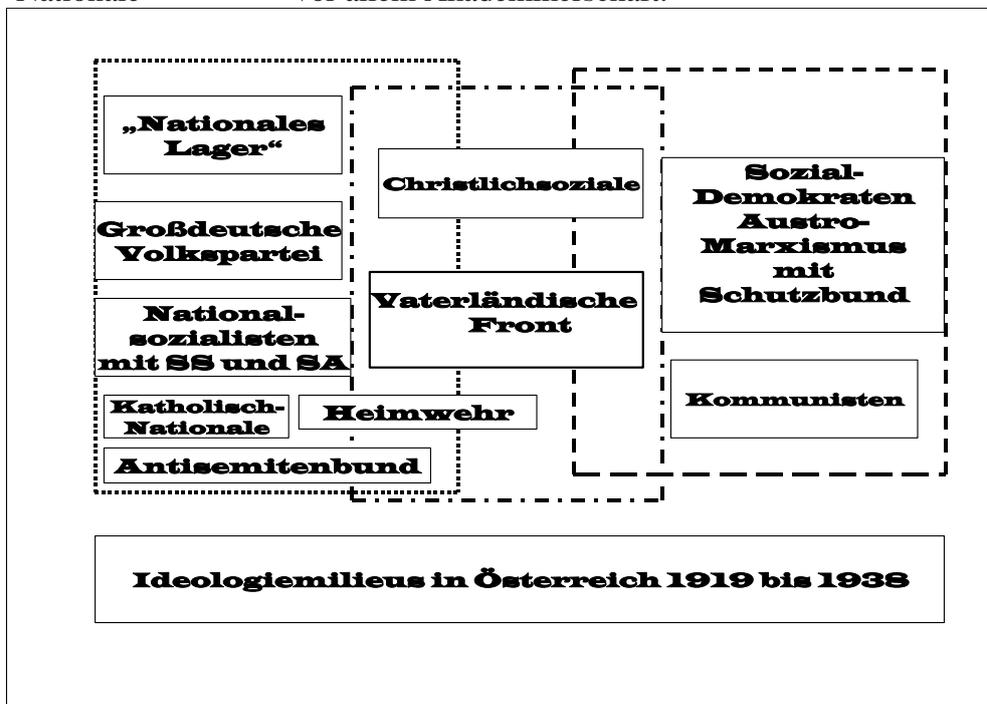
⁴ Details siehe etwa Pauley 1993, 132 f.

Der XIV. Zionistische Weltkongress, der im August 1925 in Wien abgehalten wurde, führte zu gewalttätigen politischen Ausschreitungen, die auch international Beachtung fanden.⁵

Auch 1925 bis 1934 kam es zu akademischem Antisemitismus, der 1931 einen Höhepunkt mit den schwersten Ausschreitungen in der Ersten Republik erreichte, weil der Verfassungsgerichtshof eine Verordnung der Universität Wien aufhob, in welcher die Studenten nach "Nationen", darunter eine jüdische, gegliedert wurden. Dies führte zu einer Deklassierung der jüdischen Studenten. Auch hier kam es zu ausländischen, vor allem amerikanischen Interventionen.

Kampf aller politischen Gruppierungen⁶ um die gleichen Schichten. Man kämpfte um unbemittelte Intelligenz, Kleinbürgertum und Arbeiterschaft.⁷ In der weiteren Entwicklung kam es zu einer deutlicheren Verteilung:

- Sozialisten Industriearbeiterschaft,
- Christlichsoziale christliche Arbeiterschaft, Kleinbürgertum, seit 1918 auch
größter Teil der Bauernschaft und des Großbürgertums,
- Nationale vor allem Akademikerschaft.



Durch die faktische politische Ausdifferenzierung der drei "Lager" kam es zunehmend zur Zurückdrängung der liberalen Tradition in Bürokratie, Wirtschaft, Presse und Wissenschaft, Kunst und Literatur.

⁵ Details siehe etwa Pauley 1993, 152 f.

⁶ Ein Teil der Historiker benützt den Begriff der "drei Lager", der aber offensichtlich nicht in der Lage ist, die Vielfalt der Gruppierungen, das Schwanken ihrer Positionen und ihre Verflechtungen adäquat zu erfassen. Der Begriff wird daher hier mit Anführungszeichen benutzt, um diesen Vorbehalt anzudeuten.

⁷ Im "nationalen Lager" bemühten sich erst die Nationalsozialisten um die Arbeiterschichten.

1 – "Christlichsozial konservatives Lager"

Bekenntnis zum Katholizismus⁸, starker klerikaler Einfluss und Instrumentalisierung der Politik durch die Kirche.

Christlichsoziale Partei und Vaterländische Front⁹

Vorgeschichte

Hofbauerkreis: Katholische Erneuerung, katholische Vereinsbewegung, katholisches Pressewesen, politische Tätigkeit durch die Kirche und für die Kirche. Politische Romantik: Schlegel und Müller. Zentrum politischen Konservatismus und werdenden österreichischen Patriotismus, der *sich zur Rechtfertigung des österreichischen Reichgebildes spätromantischer, hochkonservativer und religiöser Argumente bedient*. Getragen von Persönlichkeiten des Adels und protestantischer, aus Deutschland zugezogener Konvertiten.

a) Patriarchalischer Autoritätsgedanke (Gott als Vater, Gott als König, der Monarch als gottgeweihtes Bild des himmlischen Herrschers auf Erden, Bündnis von Thron und Altar) gegen

b) Idee der christlichen Brüderlichkeit (Wurzel der christlichen Demokratie).

1848 vorübergehende christlich-demokratische Bewegung, die aber in der neoabsolutistischen Ära durch hochkonservative Strömungen verdrängt wurde. Die Spannung der beiden oben dargestellten Richtungen bleibt weiterhin bestehen.

Die Restauration nach dem Sieg über Napoleon führte zur Betonung von a).

Integration der Partei in die reichspolitische Dimension, Übergreifen derselben auf Provinzstädte und ins flache Land. 1907 Zusammenschluss der Konservativen mit den Christlichsozialen zur *Christlichsozialen Reichspartei*. Mit der Integration in die Reichspolitik Zunahme konservativer Positionen und Verlagerung des Schwergewichtes auf die "besitzenden" sozial-konservativen Schichten der Bauern und Wirtschaftskreise bei Unterdrückung des Arbeiterflügels; staaterhaltend und sozial-konservativ. Verlust der Stellung in der Großstadt und der kleinbürgerlichen und proletarischen Massen. Nach dem Tod Luegers (1911) Vernachlässigung der großstädtischen Bevölkerung und der Intelligenz, Verlust der Wahlen und der Mehrheit in Wien an die Sozialdemokraten. Erster Weltkrieg.

Geistige und kulturelle Erneuerungsbewegungen der christlichsozialen Volksbewegung. Schindler entwickelte christlich-reformerische Ideen. Kralik belebte die christlich-germanische Ideenwelt Richard Wagners und der Spätromantik (Festspielgedanke). Eine extrem-konservative und romantische Position vertrat der "Gralbund". Daneben lebte die Tradition der katholischen Aufklärung und des Josephinismus weiter.

Vor allem von den Ländern ausgehend, schlug die zuerst monarchistische Haltung nach dem Krieg letztlich in eine republikanische um, wobei aber der Gegensatz der Haltungen innerhalb der Partei bestehen blieb.

⁸ Vgl. etwa Hanisch, Ernst: "Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918 – 1938". Wien/Salzburg 1977.

⁹ Vgl. auch die Analysen bei Bunzl 1983, 19 f. und 27 f.

Von 1922 bis 1938 stellte die Christlichsoziale Partei überwiegend den Regierungschef, von 1928 bis 1938 den Bundespräsidenten. Besetzung wichtiger Ministerien. *Politische Beherrschung der Bundesländer außer Wien*. Zahllose innere Spaltungen und Widersprüche. Unterschiedlichste Positionierungen gleich-zeitig nebeneinander. Opportunismus, politische Romantik und ideologischer Traditionalismus, konservative Eigentums- und Ständepolitik neben sozialreformerischen Ansätzen, monarchistische neben demokratisch-republikanischen Strömungen, österreich-patriotische neben großdeutsch-anschlussfreundlichen Tendenzen. Christliche Arbeiterschaft neben Kapitalisten, politische Bindung von Adel, Bauern, Großbürgertum, Kleinbürgertum, Teilen der Industriearbeiterschaft, starke Verbindung mit der katholischen Kirche, als deren politischer Arm sie häufig dargestellt wird, daneben aber auch Einbindung von Nichtchristen usw.

*Katholisch-politischer Antisemitismus:*¹⁰ Für seine Entwicklung war die Emanzipation der Juden maßgebend. Säkularisierung und Modernisierung der Gesellschaft durch Demokratie, Marxismus und Kapitalismus brachte man mit den Juden in Verbindung. Die Revolution 1848/49 und vor allem die antiklerikale Gesetzgebung, die von den Deutschliberalen vorgeschlagen und unterstützt wurde (1867 und 1870), wurde auf jüdische Einflüsse zurückgeführt. Frühe Antisemiten unter den Klerikern waren Prälat Sebastian Brunner und Albert Wiesinger ("Wiener Kirchenzeitung"), Vorläufer des weit einflussreicheren Politikers Vogelsang ("Vaterland").

Lueger

Massenführer einer christlichsozialen Volksbewegung des Wiener Kleinbürgertums. Rechtsanwalt der "kleinen Leute". Stand dem Linzer Programm nahe. Den *Antisemitismus*¹¹ übernahm er von den antisemitischen gewerblichen Reformern (Mechaniker Schneider, Uhrmacher Buschenhagen, "Gesellschaft zum Schutze des Handwerks", [1881] und "Österreichischer Reformverein", [1882]). Der Boykott jüdischer Geschäfte mit Losungen "Kauft nicht bei Juden" wurde propagiert. Im März 1882 sprach Schönerer in einer Versammlung des Reformvereins. Lueger erkannte die Zugkraft antisemitischer Parolen unter den Wiener Gewerbetreibenden. 1888 Kampfbündnis "Vereinigte Christen" (antiliberaler und antisemitischer Kreise um Lueger, Pattai, Schönerer usw.).

Der Antisemitismus der Christlichsozialen ist durch die Dimension des traditionellen christlichen Antijudaismus zu ergänzen. Unter den österreichischen Katholiken war der Antisemitismus in der Übergangszeit und in der Ersten Republik äußerst verbreitet. Katholische Zeitschriften und die Tageszeitung "Schönere Zukunft" (Herausgeber Eberle, Dr. Mager) enthielten regelmäßig antisemitische Positionen mit Restriktionsforderungen für Juden usw. Neben anderen Zeitungen besaß vor allem die "Reichspost" Bedeutung, die eine prozionistische Position vertrat, ansonsten aber die üblichen antisemitischen Klischees publizierte. In diesen Medien fand sich auch ständig die These von der jüdischen Weltherrschaft. Der antisemitische Tenor dieser Zeitschriften verlief gleichlaufend mit den allgemeinen Wellen desselben in Österreich. Mit den sozialistischen Politikern gab es auch

¹⁰ Vgl. hierzu etwa Pauley 1993, 72 f.

¹¹ "Im Gegensatz zu Schönerer trat Lueger für Habsburg und für den Katholizismus ein. Er hoffte, alle Christen und alle Nationalitäten der Monarchie gegen den gemeinsamen jüdischen Feind zu einen ... Während Schönerer, zumindest ab etwa 1885, ein rassistischer Antisemit war, kompromisslos in seiner Intoleranz gegenüber den Juden, hatte Luegers Antisemitismus opportunistische, religiöse und kulturelle Hintergründe." Andererseits aber: "Luegers altmodischer religiöser, kultureller und ökonomischer Antisemitismus blieb ein halbes Jahrhundert lang die integrierende Kraft des politischen Katholizismus" (Pauley 1993, 75).

heftige Diskussionen hinsichtlich der Zurückdrängung des Einflusses der Kirche im öffentlichen Leben (Ehescheidung, Bau von Kirchen mit öffentlichen Mitteln, Einfluss in den Schulen usw.).

Der Antisemitismus der Christlichsozialen Partei verstärkte sich nach der schweren Wahlniederlage in Wien 1919. Für die Wahlniederlage wurden die Ostjuden verantwortlich gemacht, obwohl deren Zahl dies nicht rechtfertigte und sie auch nicht alle wahlberechtigt waren. Die Christlichsozialen erließen keine antisemitischen Gesetze, nahmen aber Antisemitismus in ihre offiziellen Programme der Bundesländer auf.

Kampf gegen Liberalismus: Positivismus und Materialismus in der Wissenschaft; schrankenloser Hochkapitalismus, Manchesterliberalismus und Individualismus in der Wirtschaft. Wirtschaftlich argumentierender Antisemitismus des Wiener Kleinbürgertums, das im jüdischen Element antichristliche, laizistische und antiklerikale Tendenzen sah. Dieser Antisemitismus förderte den Gegensatz zu den "jüdischen" Führern der Sozialdemokratie und erleichterte manchen ideologischen Brückenschlags ins "nationale Lager".

Hof, Bürokratie, Adel, Großbürgertum und Heer standen den christlichsozialen "antisemitischen Radaubrüdern" distanziert gegenüber. Auch der Klerus, im Reichsaufbau stark an den Staat und die den Staat beherrschenden Gewalten gebunden, trat gegen diese Tendenzen auf (zweimalige Anzeige Luegers in Rom). Letztlich kam es zu einer Überwindung dieser Widerstände und zu einer Anerkennung Luegers. Enzyklika "Rerum novarum". Kunschaks Gründung des "Christlichsozialen Arbeitervereins Niederösterreichs". Beginn christlicher Gewerkschaften.

Kunschak blieb, anders als Schönerer, den Habsburgern und der Monarchie gegenüber loyal, vertrat aber einen gegenüber Schönerer noch irrationaleren und mythischen Antisemitismus. Er glorifizierte das Mittelalter und wollte die Juden wieder ins Ghetto schicken. Seine Arbeiterbewegung war antikapitalistisch und antimodernistisch, wandte sich daher nur gegen den *jüdischen* Kapitalismus, womit er einen Konflikt mit den kapitalistischen Anhängern der Christlichsozialen vermeiden konnte. Sowohl Kapitalismus als auch Marxismus wären von Juden geschaffen. Um sich von den sozialistischen Angriffen auf das jüdische Kapital zu unterscheiden, gab er seinem Antisemitismus eine religiöse und eine rassische Komponente (Begriffe wie "Abstammung", "bodenständig", "Kulturgemeinschaft des deutschen Volkes"). Juden seien unmoralische, unehrliche Zwischenhändler, Profiteure und Schmuggler. Die militärische Niederlage sei Schuld der Juden. Er forderte die Ausweisung der ostjüdischen Flüchtlinge oder deren Internierung in Konzentrationslagern. 1919 legte er einen Gesetzesentwurf zur Judenfrage vor. Die Juden sollten als eigene Nation mit beschränkten Bürgerrechten behandelt und von der "deutschen" Mehrheit abgesondert werden. Er forderte eigene Schulen für Juden und den limitierten Zugang derselben zu öffentlichen Ämtern. Sein extremer Antisemitismus wurde nach seinem Rücktritt als Parteiohmann 1922 nur von einer Minderheit in der Partei vertreten, blieb aber weiterhin ein wichtiger Faktor in der Partei, weil ihn Kunschak auch weiterhin vertrat. Der Aufstieg der Nationalsozialisten bestärkte ihn noch weiter. Einen rassischen Antisemitismus vertrat auch Pater Bichlmair, Jesuit und Leiter einer Missionsgruppe zur Bekehrung von Juden.

Seipel

Er vertrat vier aufeinanderfolgende politische Positionen:

1. "größtösterreichisch-konservativ" am Ende der Monarchie;
2. "Links"-Kurs mit republikanisch-sozialistischen Konzessionen in der ersten Zeit der Republik;
3. "kapitalistischen" Kurs der "bürgerlichen Einheitsfront" während der Sanierungsphase und Kanzlerschaft 1922 – 1924;
4. "ständisch-autoritär" mit Annäherung an die Heimwehr.

Starke Verschränkung von Kirche und Politik, was infolge zunehmender Kritik an dieser Vorgangsweise letztlich zur Eliminierung von Priestern aus der Politik führte (Bischofskonferenz 1933). Den weltlichen Schutz der Kirche durch den Staat in der Monarchie wollte Seipel in der Republik wieder herstellen. Dadurch verdächtige Nähe zur Heimwehr.

Seipels Antimarxismus war auch für die Heimwehrbewegung wichtig. Gegen den marxistischen Klassenkampfgedanken stellte er den Gedanken der Harmonie und Zusammenarbeit der verschiedenen Klassen. Organischer Aufbau der Gesellschaft nach ständischen Prinzipien im Sinne der erwähnten Traditionen gegen klassenkämpferische, letztlich auf Umsturz gerichtete Position. Kampf gegen die prinzipielle Kirchen- und Religionsfeindlichkeit des Marxismus und auch der österreichischen Sozialdemokratie (Kampf linksradikaler Kreise mit Attentat 1924). Seipel vertrat daher die Auffassung, dass gegen den Marxismus letztlich alle Mittel, auch Gewalt, zulässig wären, was im Weiteren politisch bestimmend wurde.

Seipel trat stets gegen den rassistischen Antisemitismus auf, sprach sich gegen Zwangsausweisungen aus und schwächte auch das Parteiprogramm diesbezüglich ab. Er wurde daher von radikalen Antisemiten als Verräter bezeichnet. Er betrachtete die Juden als nationale Minderheit spezieller Art ohne Land, aber auch als Klasse, die das mobile Kapital repräsentiere. Der Kampf der Nichtjuden gegen die Juden sei daher eine Art Klassenkampf. Juden sollten als eigene Nation mit nationaler Autonomie anerkannt werden, was die Zionisten schon länger forderten. Obwohl sich in seinen gemäßigten Antisemitismus bisweilen zweideutige und rassistische Nuancen mischten, wurde er von den österreichischen Juden überwiegend positiv bewertet.

Seit 1929, nach Verhärtung der Fronten, Verstärkung der Ständeideologie (Kritik am parlamentarischen Parteienstaat und der "Formaldemokratie"). Gegen das Linzer Programm der Sozialdemokraten mit den Begriffen Klasse, Klassenkampf und Klassendiktatur benutzten die Christlichsozialen Begriffe wie Stand, Beruf und Berufsstand. Seit 1927 Anwachsen der Heimwehrbewegung, des innenpolitischen Kampfes, Gegenoffensive der "antimarxistischen" Front. Neben diesem Kampf auf der Straße versuchte man dem Marxismus eine Gegenideologie entgegenzusetzen. Kämpferischer Flügel der "Wiener Richtung". Die neuromantische Philosophie und Staatslehre Othmar Spanns wurde zur Ideologie der Heimwehr und wirkte sowohl auf die nationale als auch auf die christlich-konservative Jugend. Der Ständegedanke diente aber auch als Sicherung gegen Faschismus, Nationalsozialismus und Bolschewismus mit deren starker Betonung der Staatsmacht, aber auch gegen die "Auswüchse des Parteienstaates und der Formaldemokratie", gegen

Parteienstreit und Parteienherrschaft. Es erfolgte eine Idealisierung des mittelalterlichen Ordo-Gedankens und der Reichs-Idee auch in Antithese gegen den siegreichen "Westen", der die Monarchie zerschlagen hatte. Bestätigung der Ständeideologie durch die Enzyklika "Quadragesimo anno" 1931. Gleichzeitig Streben nach erhöhter staatlicher Autorität (Verfassungsreform 1929).

Der Tod Seipels 1932 bildet eine Zäsur. Abspaltung der katholisch-nationalen Gruppe der Anschlussfreunde unter Hugelmann. Die "Frontgeneration" gelangt an die Macht. In umliegenden Staaten zunehmend korporative Ordnungen, Ständestaatsversuche, Diktaturen und diktaturähnliche Formationen. Suche nach dem "starken Mann" (Idee des guten Regenten). Im Cartell-Verband herrschten Ideen Spanns und Seipels sowie Misstrauen gegen die älteren Parlamentarier ("Kompromissler", "Packler" usw.). Der mit Unterstützung der Heimwehr reüssierende Dollfuß gründete gegen Zunahme des nationalsozialistischen Einflusses und als Gegengewicht gegen die Heimwehr die *Vaterländische Front* als Einheitspartei (1933). Dies kam in Verbindung mit dem Verbot aller anderen Parteien im Jahre 1934¹² der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie gleich ("*Austrofaschistische Diktatur 1932 – 1938*"). Europäisch verankerte, neuösterreichische Ideologie, "Österreich über alles, wenn es nur will". Eine Reichsideologie als "säkularisierte, rückwärtsgewandte Prophetie". Gegen die NS-Ideologie vom "Dritten Reich" gerichtet (defensive Funktion), war es eine "Österreich"-Ideologie, die in einer besonderen Interpretation der Habsburgermonarchie in der Vergangenheit für die Zukunft die Errichtung eines "Heiligen Reiches" postulierte. Die kleinstaatlichen Bedingungen wurden als befristet angesehen und die Errichtung des "Wahren Reiches" zur "Österreichischen Mission" erklärt (Errichtung eines universellen, über die deutschbevölkerten Gebiete hinaus-reichenden "gesamtdeutschen" Reiches in mitteleuropäischen Dimensionen). Ein Reich, das spezifisch katholisch-österreichisch und nicht protestantisch-preußisch oder heidnisch-nationalsozialistisch gestaltet wäre (österreichische Variante der deutschen Volkstumsideologie).

Durch einen "Staatsstreich von oben" Ausschaltung des Parlamentes im Jahre 1933, Aufhebung der parlamentarischen Verfassung, Regierung mit "Kriegswirtschaftlichem Ermächtigungsgesetz 1917", Beendigung des innenpolitischen Zweifrontenkrieges durch Verbot der Nationalsozialistischen Partei, nach Straßen-kämpfen in Wien und anderen Städten Verbot der Sozialdemokraten und aller anderen Parteien.

Schuschnigg begründete vor allem außenpolitisch, gezwungen durch den Druck der Achse Rom – Berlin, mit dem Abkommen vom 11. Juli 1936 eine deutliche Annäherung an das "nationale Lager" (Geheimklausel mit Zusage "weitreichender politischer Amnestie" für alle verhafteten Nationalsozialisten und Emigranten, Heranziehung von Vertretern der nationalen Opposition in politische Funktionen in Österreich).¹³

Ideologisch schien er in der Tradition der alten "Reichsidee", des "Heiligen Reiches" und "großdeutschen Gedankenerbes" eine kulturelle und geistige Verbindung mit dem gesamten deutschen Volk – *bei schärfster prinzipieller Ablehnung der "völkischen" Ideologie des Nationalsozialismus* – anzunehmen, wobei er für Österreich die Aufgabe in der Bewahrung einer humanistisch-christlichen Tradition und der damit verbundenen Werte sah. Die Betont-Nationalen, die bereits stark unter Hitlers direkter Autorität standen, wurden politisch eingebunden, teilweise auch, weil die Basis des autoritären Regimes in der Bevölkerung äußerst schmal geblieben war. Der ständische Aufbau erfolgte weitgehend nicht.

12 Vgl. Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hg.): "Februar 1934". Wien 1984.

13 Was auch als Versuch der Integration zum Zwecke der politischen Zähmung interpretiert wird.

Die Überführung der ehemaligen christlichsozialen Parteifunktionäre in die Vaterländische Front gelang nicht reibungslos (innere christlichsoziale Opposition). Andererseits gewannen in derselben die altösterreichisch-konservativen Kreise, die seit der Luegerbewegung aus sozialen Gründen der Partei reserviert gegenüberstanden, erhöhten Einfluss.

In der Erkenntnis, dass das innenpolitische Schicksal des Ständestaates davon abhing, ob es gelingen werde, die *ehemals sozialistische Arbeiterschaft zu gewinnen*, konzentrierten sich die christlichsozialen Aktivisten auf diese Aufgabe. Hierbei kämpfte man gegen ähnliche Versuche der Nationalsozialisten. Man setzte hier den auf Lueger zurückgehenden nicht "rassischen", sondern "sozialen" *Antisemitismus* ein (Kunschak und Czermak). Propaganda gegen die "jüdischen Führer" der Sozialisten, die im Februar 1934 ihre Anhängerschaft in Stich gelassen hätten.

Czermak erhielt von den Christlichsozialen den Auftrag, das Judenproblem zu "bearbeiten". Mit Karbach verfasste er 1933 das Buch "Ordnung in der Judenfrage: Verständigung mit dem Judentum". Die Vermischung von Juden und Deutschen sei schlecht für beide Völker. Das liberale, sozialistische und bolschewistische Judentum sei degeneriert, was auch von jüdischen Nationalisten bestätigt würde. Ideologien des Humanismus und Pazifismus, aus dem jüdischen Liberalismus entstanden, seien starr und seelenlos, weil sie vom Begriff der brüderlichen Liebe entfernt wären. Die assimilierten Juden seien nach dem Ende der Liberalen Partei in das "marxistische Lager" gewechselt. Der Marxismus versuche, eine internationalistische Welt aufzubauen, er wolle die Religion überhaupt ausrotten. Da auch hier die Assimilation forciert werde, sei das jüdische Volk vom totalen Zerfall bedroht. *Ein Jude könne nicht Angehöriger einer anderen Nation werden, indem er dem Judentum den Rücken kehre, wenn ihm das Gastvolk ablehne.*

Palästina bilde eine Teillösung für die Judenfrage. Da dort nicht alle Juden aufgenommen werden könnten, müsste ein Minderheitengesetz geschaffen werden, das die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten innerhalb der Gastnation regelt (Grenze zwischen Juden und Nichtjuden in der Wirtschaft, in kulturellen Angelegenheiten nur Gaststatus, Rückkehr der Juden zu ihrem traditionell konservativen Charakter, Forderung nach Loyalität gegenüber dem christlichen Staat, Führung des Staates ausschließlich in der Hand der Christen). Die Reaktion der jüdischen Assimilationsanhänger wies auf die Ähnlichkeit der Vorschläge zu den in Deutschland bereits geltenden Gesetzen hin. Die Aufgabe der Gleichberechtigung wurde abgelehnt.

Wenn der Antisemitismus während des Austrofaschismus auch nicht staatlich normiert war, so war der noch aus der Monarchie tradierte, aus konfessionellen, wirtschaftlichen und rassischen Komponenten geprägte österreichische Antisemitismus im Ständestaat wirksam. Der abzulehnende "Judengeist" manifestierte sich als Materialismus, Marxismus, Liberalismus und sei in jüngster Zeit vor allem in verschiedensten Formen der Revolutionierung des sozialen und staatlichen Lebens in Erscheinung getreten. Berücksichtigung der Judenfrage bei Ämtervergabe, Auftragserteilung, Kauf und Verkauf am Geldmarkt. Bevorzugung von Personen aus der bodenständigen Bevölkerung. Kunschak veröffentlichte 1936 einen schon im Jahre 1919 verfassten Gesetzesentwurf, der die Juden in Österreich unter Sondergesetz stellen sollte. Die "jüdische Nation" sollte als nationale Minderheit vom deutschen Mehrheitsvolk getrennt werden (numerus clausus im öffentlichen Dienst, in bestimmten akademischen Berufen und Wirtschaftsunternehmungen, eigene Vertretungskörper im politischen Bereich, eigene Schulen im kulturellen Bereich).

Der Begriff "Rasse" wurde zur Abgrenzung von den Nationalsozialisten durch "leibliche Abstammung" und ähnliche Formulierungen umschrieben. Liegt keine leibliche Abstammung vor, sondern erfolgt lediglich ein Hineingeborenwerden in eine Sprache, so schließe dies die

Zugehörigkeit zu einem Volkstum aus. Bei solchen Personengruppen handle es sich um "Fremdlinge", was für die Juden angenommen wurde.

Angesichts der Faszination, welche die skrupellose antisemitische Propaganda der Nationalsozialisten auf junger Katholiken¹⁴ und Christlichsoziale ausübte, kam die Partei überdies unter Druck im Wettstreit darum, wer am besten dazu in der Lage sei, die Judenfrage zu "lösen".

Im letzten Abschnitt der Ersten Republik akzentuierte sich nochmals, wenn auch kaum mit politischer Bedeutung, die Frage der *Habsburgerrestauration*. Im Rahmen der Mobilisierung aller traditionellen Kräfte gegen den Druck der Nationalsozialisten seit 1934 Rückkehr von Mitgliedern des Herrscherhauses. Restaurative Tendenzen der *legitimistischen Bewegung, die in der Rückkehr zur Monarchie den Garant für Stabilität erblickte*. In den liberalen Kreisen des jüdischen Bürgertums in Wien war diese Haltung ebenfalls verbreitet. Auch die Idee einer "sozialen" Monarchie wurde vertreten.

Die Heimwehrebewegung¹⁵

Bildung auf lokaler Ebene (z. B. Gemeinde) zum Schutz gegen innere und äußere Bedrohung; z. B. in Tirol gegen Räterepublik in Bayern, in Kärnten und der Steiermark im Abwehrkampf gegen jugoslawische Ansprüche. Christlich-konservativ oder deutschnational geführt, mit starkem Akzent gegen das "rote Wien" (Betonung der föderalistischen Note und tiefreichende Tradition der *Länderindividualitäten*). Anschluss an frühere Formationen wie Turnvereine, Feuerwehr usw. Weißen der Fahnen der Heimwehr durch die Kirche. Organische Vielfalt und stets beachtliche Rivalitäten unter den Landesführern.

Wiener Ereignisse vom 15. Juli 1927 und Generalstreik der sozialdemokratischen Gewerkschaften brachten Eingriff der Heimwehr und erstmalige Dimension von politischer Macht und Aufstieg (Korneuburger Eid, Regierungsbeteiligung von Heimwehrführern). Es gab in ihr Vertreter fast aller nichtmarxistischen Bewegungen (Christlichsoziale, Großdeutsche und Landbündler, Anschlussfreunde und Anschlussgegner, radikale Antisemiten und bürgerliche Juden, Exponenten der Industrie und der christlichen Arbeiterschaft, Frontkämpfervereinigung, Bund Oberland, Wehrzüge des deutschen Turnerbundes, Studentenfreikorps, Freiheitsbund der christlichsozialen Arbeiterschaft, christlich sozialer Bauernbund).

Folgende Schichten waren vertreten:

Offiziere, Landadel, desozialisierte Bürokratie, Bürgertum, bäuerliche Schichten und nichtmarxistische Arbeiter. Finanzielle Unterstützung besonders durch Industrie und Gewerbe. Gemeinsamkeiten: *Antimarxismus, Antisemitismus in wirtschaftlicher und rassistischer Form, Antibolschewismus. Die Heimwehr war eine paramilitärische, außerparlamentarische Kraft der antimarxistischen Front.*

¹⁴ Hinsichtlich der Haltung der Kirche zum Nationalsozialismus vgl. etwa die Analysen des Hirtenbriefes des Linzer Bischofs Gföller vom 23.1.1933 und des Werkes des österreichischen Bischofs Alois Hudal über die "Grundlagen des Nationalsozialismus", 1937, in Pauley 1993, 219 f. Durch ihre traditionellen antisemitischen Muster konditioniert, konnte die Kirche gegen den national-sozialistischen Antisemitismus nicht deutlich genug auftreten, ohne in Widerspruch zu ihren eigenen Positionen zu geraten, was ihre Handlungsfähigkeit deutlich einschränkte.

¹⁵ Vgl. hierzu auch die Analysen bei Bunzl 1983, 45 f.

Die größte politische Eigenheit bestand darin, dass die Gemeinsamkeit nur im Negativen, nämlich in der Ablehnung des Marxismus, später auch der "roten" demokratischen Verfassung der Republik bestand. Keine Möglichkeit der Formulierung positiver politischer Programme. Hinwendung zum italienischen Faschismus, wobei die neuromantische, korporativistische Lehre vom "wahren Staat" des Othmar Spann zur Ideologie der Heimwehr und Vertreter des Spannkreises deren Berater wurden. *Die vertikale Gliederung dieser Lehre wollte man der horizontalen der marxistischen Klassenlehre entgegenhalten.* Während theoretische Konzepte (Sozialismus, Faschismus, Nationalsozialismus) üblicherweise in vergrößerter Form bei politischen Massenbewegungen von Anfang an benutzt wurden, ist hier eine Ideologie in ausgereifter Form einer Bewegung aufgepfropft worden (z. B. im Korneuburger Eid vom 11. Mai 1930), wodurch die Ideen nicht in die Tiefe gingen und eigentlich der Ausgangspunkt für weitere Splitterungen waren. Es folgte der Konflikt mit der Regierung Schober, die Ausweisung von Major Pabst. 1931 misslungener Staatsstreich durch steirischen Heimatschutz. Dollfuß stützte sich bekanntlich wiederum auf die Heimwehr. Umgekehrt suchte die Heimwehr eine Verbindung zu den Nationalsozialisten. Dollfuß und im Weiteren Schuschnigg betrieben die Entmachtung. Letzterer stützte sich hierbei auf die "Ostmärkischen Sturmsharen" und die erbitterten Heimwehrgegner beim christlichsozialen Gewerkschaftsflügel und seinem Wehrverband, dem "Freiheitsbund".

Der Antisemitismus der Heimwehr, die mit je einem Bein im "Lager" der Christlichsozialen und der Nationalsozialisten stand, war entsprechend gemischt zwischen demagogisch-religiös und nicht-rassistisch einerseits und rassistisch-gewalttätig auf der anderen Seite. Das Thema wurde noch weiter dadurch verkompliziert, dass die Heimwehrebewegung durch jüdische Bankiers (Sieghardt), jüdische Industrielle (Mandl) und die jüdisch dominierte Versicherungsanstalt Phönix finanziell unterstützt wurde. Es gab Sympathien der konservativen Juden gegenüber der Heimwehr und deren Antimarxismus. Ab 1934 kam es wegen des zunehmenden Antisemitismus zum Austritt der Juden, umgekehrt wurden ab diesem Zeitpunkt auch keine mehr aufgenommen. Auch Starhemberg, der 1930 bis 1936 die beiden Flügel der Heimwehr zu integrieren versuchte, war einerseits von jüdischen Financiers abhängig, wollte aber die Stimmen der Antisemiten gewinnen. Seine antisemitischen Strategien schwankten daher.

Ein paramilitärischer Verband, in der jüdischen Frage wesentlich geenter als die Heimwehr, war die *Frontkämpfervereinigung*, die einen radikalen Antisemitismus vertrat.

2 – "Nationales Lager"¹⁶

Wurzel in 4 Gruppen, die auf der nächsten Seite aufgeführt sind. Die völkische Ideologie wurde aber für alle anderen Gruppierungen des nationalen Lagers in bestimmten Dosen und Aspekten von Bedeutung.

¹⁶ Vgl. hierzu auch die Analysen bei Bunzl 1983, 17 f., 31 f. und 50 f.

Großösterreichisch

Österreich als Kernstück eines wiedererstandenen Heiligen Reiches. Katholizismus, Anhänglichkeit an die Dynastie, universalistische Reichsgesinnung.

Großdeutsch

Betonung des Deutschen gegenüber dem Österreichischen, deutsche Einheit mit Erhaltung der Habsburgermonarchie.

Deutschnational

Lösung der deutschen Frage durch eine Zerschlagung Österreichs und einen Anschluss der deutschen Provinzen an ein einiges, freiheitliches Deutschland. Neigung zur Republik, Misstrauen gegen Dynastie und Hof. Abneigung gegen das zentralistische Wien, später im Vordringen des Rassedankens als "über-nationales, verjudetes Völker- und Rassenbabel" bezeichnet, deutsches Nationalbewusstsein. In manchen Bundesländern Bedrohung durch das Slawentum ("Majorisierung durch die Slawen"). Protestantische Traditionen, Ideengut der Aufklärung, eingewurzelter Antiklerikalismus.

Kleindeutsch

Am äußersten Flügel. Einigung Deutschlands unter preußischer Führung, Ausschluss der Habsburgermonarchie, als Fernziel deren Zerschlagung und Anschluss ihrer deutschen Provinzen an das deutsche Kaiserreich. Führung durch Schönerer¹⁷, dessen Ideen später Hitler entscheidend beeinflussten. Protestantische Traditionen und spätere Los-von-Rom-Bewegung (gegen das Joch einer internationalen Hierarchie, Angriffe auf die Judenbibel; Übertritt zum Protestantismus). Betonung sozialer Elemente, was zu nationalem Sozialismus führte. Verneinung des österreichischen Staatswesens, leidenschaftliche Ablehnung seiner führenden Schichten als "entnationalisiert", Streben nach Lösung von den nichtdeutschen Ländern. Schönerers Anti-semitismus war nicht wirtschaftlich oder religiös, sondern bereits rassistisch begründet.

Schönerer vertrat eine seinen aus dem "demokratischen Lager" stammenden Ansichten widersprechende, idealisierende Schwärmerei für preußischen Konservatismus und Militarismus. Gemäßigtere deutschnationale Gruppe um Steinwender.

Rassenideologie (Gobineau, Wagner), Antichristentum Nietzsches, von Dühring und Stöcker übernommener Rassen-Antisemitismus und radikaler, bis zur Feindschaft gegen das Christentum gesteigerter Antiklerikalismus (die katholische ist die deutschfeindliche Kirchengemeinde, die evangelische die Nationalkirche des deutschen Volkes). Die Tendenz wurde bis zur Ablehnung des Christentums überhaupt fortgesetzt.

1920 wurde die *Großdeutsche Volkspartei* aus 17 Partei- und Ländergruppen gebildet, eine "Art Sammelbecken für alle jene, die keine ideologische Heimat in einer der beiden großen Parteien finden konnten" (Pauley). Die Nationalsozialisten unter Riehl blieben dem Bündnis

17 Hinsichtlich des rassistischen Antisemitismus Schönerers vgl. etwa die Darstellung Pauleys und die dort erwähnte Literatur (Pauley 1993, 69 f.). Für die radikale Wende Schönerers zum Anti-semitismus von 1882 bis 1885 hält Pauley die Wahlreform verantwortlich, welche besonders den antikapitalistisch eingestellten kleinen Gewerbetreibenden erstmals das Recht auf Wahlbeteiligung bescherte. Die Industriearbeiter waren weiterhin vom Wahlrecht ausgeschlossen. "Es ist eine ernüchternde Tatsache, daß das plötzliche Ins-Kraut-Schießen des politischen Antisemitismus nach 1882 Ergebnis der teilweisen Demokratisierung der österreichischen Politik war. Schönerer war nicht der einzige Politiker, der jetzt den neuen Wählerschichten durch antielitäre, antiindividualistische und antiintellektuelle Demagogie zu Gefallen sein wollte, aber er spielte eine immer wichtigere Rolle dabei" (ibidem, 70).

fern. Hieraus ergab sich von Anfang an die mangelhafte Durchgestaltung der von "oben her" verfügbaren Einheit unter einer Vielzahl von Gruppen und Orientierungen der Basis (Schulvereine, Turnvereine, Alpenvereine, Touristenklub, Schiverband, Studentenverbindungen¹⁸, vom Reich her übergreifende Jugendbewegungen, Berufsorganisationen von Ärzten und Anwälten).¹⁹ Ideologisch wirkte die Anschlussidee, eine Haltung gegen Individualismus und Sozialismus. Dem Klassenkampfgedanken wurde die Idee der "Volksgemeinschaft" entgegengesetzt. Bekämpfung des roten und schwarzen Internationalismus und Kampf gegen den verderblichen Einfluss des Judentums. Sie ist für Aufklärungsarbeit über den verderblichen Einfluss des jüdischen Geistes und die dadurch bedingte Notwendigkeit des Rassenantisemitismus.²⁰ Das einzige Mittel, die schlechten Eigenschaften der jüdischen Rasse und die Bedrohung, die sie für die "Volksgemeinschaft" darstellten, zu bekämpfen, bestünde darin, sie als eigene Nation anzuerkennen, was bekanntlich auch die Zionisten forderten. Das Anschlussverbot wurde von den Nationalen bitter bekämpft.

In der Jugend kam es unter dem Einfluss korporatistischer und faschistischer Ideen sowie der antidemokratischen "Konservativen Revolution" zur Abwanderung zur Heimwehr und später zu den Nationalsozialisten.

Koalitionsvertrag 1922 zwischen Großdeutschen und Christlichsozialen: Wirksamer Schutz der einheimischen deutschen Bevölkerung gegen die "zunehmenden schädlichen Einflüsse des Judentums auf alle Gebieten des öffentlichen Lebens" entsprach dem Antisemitismus der Großdeutschen wie den Traditionen der Christlichsozialen seit Lueger. Im Weiteren Sicherung einer Anschlusspolitik.

Es erfolgte der Abbau von 100.000 Staatsbeamten. Die folgenden Mandatsverluste vergrößerten die Kluft zwischen Führung und Basis. Es erfolgte eine Radikalisierung des nationalen Lagers, Vordringen antidemokratischer und totalitärer Strömungen (Einflussfaktoren: Faschismus in Italien; Anwachsen des Nationalsozialismus in Deutschland; autoritäre Regime in umliegenden Ländern; die Ideen der "Konservativen Revolution" aus Deutschland; Ideengut Othmar Spanns; Traditionen des Abwehrkampfes in Kärnten und im Burgenland; Abneigung gegen Parteipolitik bei Fortwirken der Großreich-Tradition; Idee der Elitenbildung, die sich auf den Führer vorbereiten sollten, fernab vom Partei-politischen; der Staat als Provisorium, welches von den "Feindmächten" verordnet worden war; antibürgerliche und antidemokratische Haltung desozialisierter ehemaliger bürgerlicher Schichten; Problem der "Kriegsgeneration").

Der politische Nachwuchs band sich nicht, wie erwähnt, an Großdeutsche und Landbund, sondern in Splitterorganisationen und wanderte zu Heimwehr und den Nationalsozialisten ab.

Von 1922 bis 1933 zunehmende Radikalisierung dieser Gruppierungen; Ideen der Demokratie und des Pluralismus wurden durch Ideen des Führerprinzips, der Herrschaft der Eliten, der Minderheiten, welche die Weltgeschichte machen usw., bestimmt. Sehnsucht nach dem Führer, messianische Einstellung, gefördert durch die Weltwirtschaftskrise.

18 Hinsichtlich der Wurzeln des rassistischen akademischen Antisemitismus in Österreich vgl. Pauley 1993, 64 f. Ansteigen der jüdischen Studentenzahlen Ende der Siebzigerjahre; Einfluss der Professoren Billroth und Wärmund. Bald Trend zu judenreinen Verbindungen. Duellierungsverbot ("Waidhofner-Prinzip").

19 Vgl. auch das Kapitel "Private Vereine" (Pauley 1993, 163) und deren antisemitische Grundhaltung.

20 Pauley weist darauf hin, dass die bäuerlich dominierte Heimwehr eher (aus katholischer Tradition) religiös-antisemitisch war, während die Großdeutschen als eine bourgeoise Partei extrem rassistisch antisemitisch waren.

1933 führte die Machtübernahme Hitlers in Deutschland zu entscheidendem Überwecheln zu den Nationalsozialisten. Abschluss der großdeutsch-nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft.

Der Landbund versuchte, noch weiterhin eine gesonderte Politik zu betreiben. Ende 1934 war das "nationale Lager" aber bereits überwiegend von den Nationalsozialisten eingenommen. Hierbei spielte die allgemeine Tendenz der Nationalen, sich weitgehend am deutschen Vorbild zu orientieren, und der typische Grenz- und Auslandsdeutschenkomplex eine wichtige Rolle (Blick über die Grenze ins "große Vaterland"). Als Hintergrundfaktor war auch die Ideologie Schönerers in der Tradition der Intellektuellen und der nationalen Studenten-verbindingen wirksam.

Antisemitenbund

An dieser Vereinigung, dem Deutsch-Österreichischen Schutzverein der Antisemiten, nahmen Mitglieder aus allen bürgerlichen Parteien, den paramilitärischen Verbänden einschließlich Landbund, Heimwehr, Frontkämpfervereinigung und Nationalsozialisten teil. 1919 gegründet, entwickelte er sich entsprechend den Wellen des Antisemitismus in Österreich (Anstieg bis 1925, Abnahme und Wiederbelebung in der Weltwirtschaftskrise). Nach dem Verbot der Nationalsozialisten wurde er zu einer Tarnorganisation derselben. Ziel war der Schutz aller Antisemiten vor dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Einfluss der Juden. Rassenantisemitische Definition der Juden über jüdische Urgroßeltern, Definition der Juden als eigene Nation, Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte, Forderung nach Trennung der Juden und Nichtjuden im Erziehungswesen, in der Justizverwaltung und bei der sozialen Fürsorge, Ausweisung aller Juden, die nach 1914 eingewandert waren, Zuwanderungsstopp für neue Juden, Kenntlichmachung aller jüdischen Zeitungen und Unternehmen, numerus clausus in den Geisteswissenschaften, Ausschluss der Juden von medizinischen, juristischen und Lehrberufen, Aberkennung des Stimmrechtes, Verweigerung des Rechtes auf öffentliche Ämter und auf Grundbesitz. Es wurde ein Denunziationsprinzip für Juden praktiziert.

Nationalsozialisten²¹

Bis zum Beginn der Dreißigerjahre und dem Durchbruch der Hitlerbewegung in Deutschland eher unbedeutend. Zugang besonders von: Großdeutschen, dem Landbund, dem nationalen Flügel der Christlichsozialen, aus den nationalen Heimwehrgruppen, Turnverein und Schulverein, aus Waffenstudententum und bündischer Jugendbewegung. Die beachtlichen Erfolge bei den Wahlen führten bei den Gegnern zur Ansicht, weitere Wahlen würden den Nationalsozialismus "auf demokratischem Weg" an die Macht bringen.

Die Aufhebung der parlamentarischen Verfassung und später das Verbot des Nationalsozialismus führte zu ihrer illegalen Radikalisierung (Terror) im Sinne des anarchistischen Flügels. Antisemitismus und Judenpolitik der Nationalsozialisten unterschieden sich vor dem Anschluss in ihren Inhalten keineswegs von denjenigen der bisher geschilderten Parteien und Organisationen. Nur die größere Bereitschaft, gegen Juden Gewalt anzuwenden, unterschied sie vom übrigen Spektrum der Rechtsparteien. Es handelte sich bei diesem Antisemitismus um eine Kombination verschiedener Aspekte anderer Parteien: Antikapitalismus wie bei den Sozialdemokraten, Angriffe gegen die jüdischen Führer der Sozialdemokratie wie bei den Christlichsozialen und der Heimwehr, Beschuldigung des

21 Vgl. hierzu auch die Analysen bei Bunzl 1983, 50 f.

"jüdischen Materialismus" wie bei den Großdeutschen und dem Antisemitenbund, Kritik der Juden in Presse und Kultur wie bei allen anderen Parteien, Rassismus wie bei Schönerer und den Großdeutschen, bei Antisemiten-bund und Teilen der Heimwehr. Sie waren gegen *alle* Juden und nahmen kein Geld von jüdischen Financiers. Während die Christlichsozialen das Christentum verteidigten und die Sozialdemokratie die klassenlose Gesellschaft erreichen woll-te, war der Antisemitismus der Nazis "irrational und pseudoreligiös" (Pauley). Der Antisemitismus war zweifelsohne eine wichtige Ursache für den Erfolg der öster-reichischen Nationalsozialisten nach 1930.²² Neben Antisemitismus und Antimar-xismus waren vor allem die radikale Vorgangsweise Hitlers in Deutschland gegen die Juden und die Weltwirtschaftskrise für den Erfolg der Partei verantwortlich.

Katholisch-Nationale

Diese Gruppe bildete sich innerhalb der Christlichsozialen seit der Lausanner Anleihe mit der Klausel des weiteren Anschlussverbotes (katholische Jugend-bewegung, Bund "Neuland", Studentenverbindung "Academia", national-katholisches Farbstudententum). Ideologisch wichtig waren der Reichsgedanke (Sacrum Imperium), katholischer Universalismus und Organismusgedanke der Romantik, den eine Reihe von Wiener Professoren vertrat und in eine "universalistisch" neu- oder spätrömantische Ganzheitslehre (Spann) philo-sophisch einbaute. Es erfolgte eine Ablehnung der Parteien- und "Formal"-demokratie zu Gunsten einer organischen Volksordnung mit Anleihen bei der Konservativen Revolution und Othmar Spann. Der Spannkreis bildete aber eine Art "geheimen Orden", der mit dieser Bewegung nicht identisch war. Einfluss besonders in der gesamten Studentenschaft. Erst in der illegalen Zeit der Nationalsozialisten bis 1938 wurde dieser Einfluss zurückgedrängt. Man war gegen die Verhandlungstaktiker und Kompromisspolitiker. *Die Nation stand über dem Staat*. Die Katholisch-Nationalen sahen in der Nation einen naturhaften Organismus, eine Schöpfung Gottes, während der Staat Österreich den Makel einer Schöpfung aus Menschenhand "durch den Unverstand der Sieger von 1918" besaß. Sie suchten weniger einen "Anschluss" als einen Zusammenschluss der "beiden deutschen Staaten" in einem ersten Schritt zu einer "volkhaft organischen" Neuordnung Mitteleuropas, zu einem Wiedererstehen des "Heiligen Reiches". Es entstand die überparteilich nationale Organisation des "Deutsch-Österreichischen Volksbundes" und später die lose Bildung mehrerer Gruppen der sogenannten "National-Betonten", die man mit den illegalen Nationalsozialisten unter dem Begriff der "nationalen Opposition" zusammenfasste. Schuschnigg näherte sich bekanntlich politisch diesen Gruppierungen mit dem Beginn des "deutschen Weges" ab 1936 (ideologische Ähnlichkeiten hinsichtlich der Reichsidee, Aussöhnung mit den Nationalsozialisten). Mit dem Anschluss wurden diese Gruppierungen politisch entmachtet.

22 Riehl bemerkte 1932 etwa: "Die meisten bürgerlichen Stimmen (wurden) genau genommen zum Teil irrtümlich abgegeben ..., weil die Leute die wahre Natur unserer Bewegung nicht kennen und nur die antisemitische und vor allem die antimarxistische Einstellung schätzen ... Nicht nur die gesamte arische Intelligenz und gerade ein Großteil der akademischen und höheren Beamten (hat uns gewählt), sondern merkwürdigerweise vom Gewerbe- und Kaufmannsstand besonders Archi-tekten, Baumeister." Zitiert bei Pauley 1993, 251 f.

3 – "Sozialistisches Lager"²³

Eine Arbeiterbewegung bestand seit der industriellen Revolution, zuerst in Wien. Es kam zum Gegensatz zwischen dem "roten Wien" und den bürgerlich-anti-marxistischen Bundesländern. Es bildeten sich zwei Flügel:

gemäßigt	radikal
Staatshilfler (Lasalle)	Selbsthilfler (Schultze-Delitsch)
Lasalleaner	Marxisten
sozialdemokratisch Gemäßigte	(anarchistisch) Radikale
rechter Flügel	linker Flügel
demokratisch	totalitär
Revisionismus (Bernstein)	leninistisch-stalinistische Orthodoxie

Vor allem hinsichtlich der Haltung zum Staat, zum Problem der Demokratie und zur Diktatur gab es dauernde Richtungsstreitigkeiten.

Viktor Adler

Er schuf eine Volksbewegung mit straffer Organisation, Bildung der Parteikader. Am Hainburger Parteitag erreichte er eine Einigung zwischen Gemäßigten und Radikalen. Diese Einigung – als österreichischer Kompromiss bezeichnet – musste künftig immer wieder erhalten und verteidigt werden. Adler fand eine eigene Balance zwischen radikaler Theorie und pragmatisch-gemäßigter Praxis. Die Sozialdemokratie bekannte sich zum Marxismus und wehrte sich gegen das Eingeständnis eines offenen Revisionismus. Von den Kommunisten wurde diese Haltung als "schleichender, verdeckter Revisionismus" bezeichnet. Marxismus blieb aber höchstes Ideal als Ethos und Pathos einer diesseitigen Glaubenslehre.

Adler steht zwischen Renner (betont pragmatisch) und Bauer (betont theoretisch). Die Erhaltung der Einheit auch in der Zeit des Schismas zwischen Zweiter und Dritter Internationale wurde international anerkannt. Das wichtigste Problem in der innenpolitischen Auseinandersetzung war die Benutzung *radikaler politischer Polemik und Phrase (propagandistischer Radikalismus), die mit den wirklichen Handlungspositionen nicht übereinstimmten* (Konzessionen an die radikalen Elemente, auch um im Einzelnen den Kurs zu verschärfen). Die leuchtenden Zukunftsvisionen vom Endsieg des Sozialismus und der "klassenlosen" Gesellschaft wurden propagiert, um die Kampf- und Opferbereitschaft der Mitglieder zu erhalten. Andererseits wurde immer wieder erklärt, weshalb die wirtschaftlichen Daten in Österreich die Revolution nicht ermöglichen.

Haltung zum Staat

Auf der einen Seite stand die Marx'sche These vom Absterben des Staates, der revolutionären Ablehnung des Obrigkeits- und Klassenstaates, auf der anderen staatssozialistische Ideen Lasalles und der Gedanke, die Arbeiterschaft müsse den Staat für sich erobern. Die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechtes brachte eine Linie der Mitbestimmung und Mitverantwortung für das Staatswesen. Diese Idee wurde vor allem durch Renner stark realisiert (bürokratischer Etatismus).

23 Vgl. hierzu auch die Analysen bei Bunzl 1983, 34 f. und 54 f.

Auch den Sozialismus ergriff die Nationalitätenfrage. Die Tschechen etwa setzten im Rahmen ihrer nationalen Befreiungsbewegung auf die Sozialisten und ihre internationalistischen Ansätze. Letztlich kam es jedoch zur Bildung tschechischer national-sozialistischer Parteien und Gewerkschaften. Auch die Bildung einer "Deutschen national-sozialistischen Arbeiterpartei" im sudetendeutschen Kampfgebiet erwies sich als typisch. In der Minderheitenpolitik vertrat die Sozialdemokratie damals die Idee des "Personalprinzips" mit einer personellen Kulturautonomie, da man die Unterdrückung im Territorialitätsprinzip erkannte. Wichtig ist auch die Betonung kultureller Elemente und eine breite Bildungsarbeit.

Im Zuge des Ersten Weltkrieges kam es zu einer entscheidenden Spannung zwischen:

"Sozialpatrioten"	und	"Internationalisten"
rechts		links

Rechts standen die bisherige Parteiführung und vor allem die Gewerkschaften, die Großösterreicher wie Renner und die Nationalen wie Adler, Pernerstorfer sowie Anhänger der auch nach Österreich eindringenden Naumann'schen "Mittel-europa"-Ideen. Links standen die sozialistischen Akademiker unter Dannersberg und die jüngere Führungsgeneration, Bauer, Deutsch und Friedrich Adler. Hierbei gab es auch nationale und antisemitische Äußerungen "rechter" Persönlichkeiten. Die Verschlimmerungen während des Krieges (Kriegswucher, Schwarzhandel, Schiebertum) führte zur Stärkung der Linken. Die Ermordung des Ministerpräsidenten Stürgkh durch Friedrich Adler als Protest gegen die herrschende Klasse, Regierungsmethoden, Kriegspolitik und gegen den sozialpatriotischen Flügel zeigt die Erhöhung der Spannung nach innen und außen in der Partei. Die Oktoberrevolution in Russland und die Intervention Amerikas engte die ideologische Basis der Sozialpatrioten weiter ein. Bei Verstärkung des Linksextremismus mit Revolution fürchtete man nicht nur eine gegenrevolutionäre Reaktion im Inland, sondern auch ein Eingreifen der Entente.

Im Frühjahr 1919 nach dem Ausrufen der Räterepublik in Ungarn und Bayern wäre ein revolutionärer Schritt unter Führung der "Linken" möglich gewesen. Die linke Führung begnügte sich aber mit einer Politik der Einschüchterung durch radikale Parolen und Drohungen (Resolution des Vollzugsausschusses der Arbeiterräte 1919), mit pathetischen Sympathieerklärungen für die Zustände in Ungarn und der Proklamation der eigenen Kampfbereitschaft. Im Übrigen listete man Gründe für den Verzicht auf revolutionäre Taten auf (antirevolutionäre Haltung der Bauernschaft, die Macht der Entente und die Gefahr eines konterrevolutionären Gegenschlages).

Auf die umfangreichen militärischen Vorbereitungen der Rechten antworteten die Sozialdemokraten 1923 mit der Gründung des Republikanischen Schutzbundes.

Otto Bauer sprach damals von einem "Gleichgewicht der Klassenkräfte", was ihm gegenüber Kelsen und anderen ein Rechtfertigungsproblem eintrug. Er musste schließlich betonen, dass er dieses Gleichgewicht nicht für einen Endzustand halte. Er bezog Stellung gegen Renner, der die unmittelbaren Vorteile der Regierungsbeteiligung sah, die dadurch zu erringenden Machtpositionen sowie den Ausbau derselben im Auge hatte und von der Eroberung der Macht im Staate und der Errichtung des Sozialismus ausging. *Er erkannte letztlich in der konservativen Haltung der Bauernschaft und im Einfluss der katholischen Kirche die wesentlichen Hindernisse für die Ausbreitung des Sozialismus* und versuchte, hier Änderungen zu erreichen.

Am Linzer Parteitag 1926 verhinderte Bauer das Einfließen der radikalen Thesen von der *Diktatur des Proletariats* in das Parteiprogramm, wohl aber findet sich darin der Satz:

"Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen."

Es spiegelt dies die These Bauers: Prophezeiung der Erreichung des sozialistischen Endzieles durch die zwangsläufige geschichtliche Dialektik der Erringung einer sozialistischen Mehrheit auf demokratischem Wege, der reaktiven Zuflucht der Bourgeoisie zur Gewalt, worauf schließlich die Sozialdemokratie, gestützt auf den Volkswillen, als Verteidigerin der Demokratie ihrerseits zur Gewaltanwendung berechtigt, mit der *Diktatur des Proletariats* die bürgerliche Gesellschaft endgültig vernichten sowie die sozialistische Gesellschaft, die klassenlose Gesellschaft, verwirklichen würde. Diese vermittelnde Stellung ist typisch für den Austromarxismus.²⁴ Sie enthält in der These, sich zur Gewalt nötigen zu lassen, ein fatalistisches und deterministisches Element, was sie sowohl vom voluntaristisch-revolutionären Bolschewismus Lenins als auch vom gewerkschaftlich parlamentaristischen Aktivismus des westlichen Sozialismus und schließlich auch vom rechten Flügel der österreichischen Sozialdemokraten unterschied. Diese Haltung führte aber in ihren passiven Elementen zu einer gewissen doktrinären Erstarrung und Verkapselung in der Erwartung der künftigen zwangsweisen Entwicklung und zu reduzierter Manövrierfähigkeit. Der Zusammenbruch des Generalstreiks am 15. Juli 1927²⁵ führte zu einem Anwachsen der Heimwehrbewegung und der konservativen Kräfte. Bauer begründete diese Entwicklung mit der These von der "Pause der revolutionären Entwicklung", in welcher die vom Proletariat begründete Republik in eine Bourgeoisie-Republik umgewandelt würde.

Zweifelsohne war die Manövrierfähigkeit der Partei insgesamt durch den inneren Gegensatz zwischen *evolutionären und revolutionären Strömungen* offensichtlich gerade in Krisenstrukturell beengt.

Renner und Hanusch vertraten den Typ des Praktikers: Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung sowie der wirtschaftlichen Parteiunternehmen, also schrittweise Verwirklichung sozialistischer Wirtschaftsformen und Organisationsprinzipien innerhalb einer grundsätzlich kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Diese Tätigkeit stand in Widerspruch zur Verelendungstheorie und zur Marxistischen These des historischen Materialismus. Für Renner war auch die unterschiedliche Bewertung der Staatsfunktion und Staatsgewalt typisch. In der Renner-Bauer-Kontroverse am Parteitag 1927 fielen Renners Sätze: "Es ist eine Gefahr und ein Widerspruch, immer von Revolutionen zu reden und zugleich behaupten zu müssen, dass man sie nicht machen könne." Renners Ablehnung der These, dass die Eroberung des Staates der archimedische Punkt sei, an dem allein das wirtschaftliche System umgewälzt werden könne, begründete er mit dem Satz: "Eine generelle Sozialisierung ist ein genereller Un-sinn." Er war der Ansicht, dass schon im Schoße der kapitalistischen Wirtschaft sozialistische Organisationen und Machtstellungen auf- und ausgebaut werden müssten. Auch die bedeutende Hanusch-Gesetzgebung ist diesem rechten Flügel zuzurechnen. Die Anpassung an die realen Macht- und Wirtschaftsverhältnisse besaß umgekehrt die Gefahr des Opportunismus und der "Verbürgerlichung".

24 Vgl. etwa Leser, Norbert: "Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis". Wien 1985.

25 Vgl. Botz, Gerhard: "Der 15. Juli 1927". Wien 1979.

Im Sinne des Antiklerikalismus und der Gegnerschaft zum Konservativismus sowie gegen kleinbürgerliche und philisterhafte Tendenzen der Christlichsozialen richtete sich die Bildungs- und Kulturpolitik, welche alle modernen Bewegungen, die konservative Kräfte und Autoritäten angriffen, unterstützte. Die antiklerikale Tendenz stammte aus antimetaphysischen, positivistischen, materialistischen, realistischen und naturalistischen Zeitströmungen der Moderne, die in den Rahmen des atheistischen, junghegelianischen Materialismus der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus eingepasst werden konnten. Die Erhöhung der Bildung der Arbeiterschichten ersparte allerdings auch der Sozialdemokratie nicht die Entwicklung, dass eine Verbürgerlichung der nächsten Generation eintrat und dass die Kinder auf den Hochschulen in das "nationale Lager" wechselten. Der atheistische Duktus wurde übrigens bereits durch eine Diskussion am Parteitag 1926 problematisiert, die Kirchenaustrittsbewegung bildete den Höhepunkt dieses Aspektes eines "Kulturkampfes". Im Weiteren aber zeigten sich auch innerhalb der Partei religiöse Strömungen, "religiöse Sozialisten" (z. B. Metallarbeiter Otto Bauer²⁶).

Wien, wo damals fast ein Drittel der Bevölkerung Österreichs lebte, wurde für die Sozialdemokratie zum "Staat im Staate". Infolge des politischen Einflusses wurden dort die sozialistischen Modelle und utopischen Konzepte retortenhaft erprobt. Das "rote" Wien bildete jedoch im ideologischen Kampf für die Rechten einen starken Bezugspunkt und der Wiener Flügel der Christlichsozialen war der radikalst antimarxistische.

Der Alarmplan des "Republikanischen Schutzbundes" ging davon aus, dass Wien im Falle eines Angriffs von den Bundesländern her angegriffen würde. Motorisierte Kräfte des Bundesheeres und der Polizei aus den Wiener Kasernen gingen jedoch letztlich im Februar 1934 gegen die Gemeindebauten vor. Es folgte die Zeit der Illegalität.

Der Antisemitismus der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie war sicherlich am wenigsten antisemitisch. Es fand sich kein Antisemitismus im offiziellen Programm. Rassischer Antisemitismus wurde abgelehnt. Der Angriff richtete sich vor allem gegen die jüdischen Kapitalisten, nicht gegen die Juden allgemein. Der Antisemitismus war weniger radikal als der anderer Parteien und hatte oft *defensiven* Charakter gegen die antisemitischen Angriffe der anderen Parteien auf die "verjudete" Sozialdemokratie.

Die Frage, ob Marxens Äußerungen in seinem Aufsatz "Zur Judenfrage" und seine sonstigen Äußerungen über Juden als antisemitisch zu werten seien, ist heftig umstritten.²⁷ Zweifelsohne hat aber seine Junktimierung der Juden mit der Geldwirtschaft (Koppelung von Kapitalismus und Judentum) den rechten und linken Antisemiten reichlich Argumente geliefert. Der Sozialist Ehrenfreund und andere glaubten etwa, man könne den Antisemitismus dazu benutzen, den Kapitalistenhass im Proletariat noch zu verstärken. Engels wiederum kritisierte diese österreichische sozialistische These des Antisemitismus als rückschrittlich. (Der Antisemitismus sei eine Reaktion absterbender mittelalterlicher Klassen auf die moderne Gesellschaft wie z. B. der Handwerker gegen die Kapitalisten.) Die Sozialdemokratie schwankte ständig zwischen Gleichsetzung von Judentum mit Kapital

²⁶ Nicht zu verwechseln mit dem Parteiführer.

²⁷ Vgl. hierzu apologetisch vor allem Claussen: "Das Ich und das Andere; ein neomarxistischer Diskurs". Im Weiteren auch Pauley 1993, 182 f. und Reiter 1998, 345 f. Es lassen sich allerdings neben den rein auf Zirkulation abstellenden Äußerungen gegen Juden bei Marx zweifelsohne auch rassistische und Einzelpersonlichkeiten als Juden abwertende Äußerungen (z. B. gegen Lasalle) finden.

(Zirkulation) bei Marx, einer Instrumentalisierung des Antisemitismus im Sinne Ehrenfreunds und einer Ablehnung wie bei Engels. Im Sinne der Dialektik ging man allerdings davon aus, dass der Antisemitismus, die "Judenfrage" und die Juden selbst mit dem Sieg des Sozialismus und dem Verschwinden des Kapitalismus überholt sein würden. Die "Geschichte" allein werde den Antisemitismus eliminieren, die Juden würden in der allgemeinen Gesellschaft assimiliert sein, da die nationale Exklusivität überwunden sein würde und damit auch jene der Juden. Dies führte zu heftigen Reaktionen der Zionisten (Vorwurf des Antisemitismus und Antizionismus). Zweifelsohne führten die antisemitischen Beschuldigungen der Christlichsozialen zur Reaktion der Sozialdemokratie. Man benutzte Begriffe wie "jüdische Banken", die Christlichsozialen wurden als "Judenschutztruppen" bezeichnet, die Juden hätten die liberale Presse in Wien, die Großindustrie, die Universitäten, Kunst und Wissenschaft sowie die großen Banken unter Kontrolle ("Arbeiter-Zeitung").²⁸ Wenn Otto Bauer versuchte, den Bürgerlichen den antisemitischen Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er behauptete, die Sozialdemokratie sei der bessere Widersacher des jüdischen Großkapitalismus und der jüdischen Hochfinanz, so näherte sich dieses Argument der katholischen Philosophie eines Karl Vogelsang (Pauley).

Die marxistischen Attacken auf den Kapitalismus waren häufig nur gegen den jüdischen Kapitalismus und hier, um andere jüdische Wähler nicht zu verlieren, gegen die *reichen* jüdischen Kaufleute (das reiche jüdische Großbürgertum, Bankjuden, jüdische Börsenpresse, Börsenjuden) gerichtet. Den Antisemiten wurde häufig vorgeworfen, sie ließen sich von jüdischen Geldgebern finanzieren und bildeten eine einheitliche Front gegen die Arbeiter.

Die Angriffe der Antisemiten gegen die Sozialdemokratie in den Zwanzigerjahren wollten vor allem in Pamphleten und Zeitungen darauf hinweisen, dass die Sozialdemokratie total "verjudet" sei und dass die "Volksgenossen" der Arbeiterklasse durch Rassenfeinde, nämlich die Juden, in die Irre geführt würden. Auf rassistischer Basis etwa führt Paumgarten in "Judentum und Sozialdemokratie" aus: Sozialismus und Liberalismus seien nur Mittel zur Erreichung der jüdischen Weltherrschaft. Diesem Vorwurf begegnete man mit dem Argument, in anderen Parteien gäbe es auch Juden; man wollte nicht als "Judenschutztruppe" gelten. Jeder latente oder offen vorhandene Antisemitismus in der Sozialdemokratie wurde andererseits sowohl von der österreichischen Regierung als auch von den Nationalsozialisten politisch genutzt.

Der Sozialismus übte Anziehungskraft auf die Juden Österreichs aus, vor allem nach dem Zusammenbruch der Liberalen Partei (1895). Pauley spricht von einem "Übertritt zum Marxismus" durch Juden, welche die Tradition verließen. 75 Prozent der Juden Österreichs stimmten für die Sozialisten (alle anderen Parteien waren offen antisemitisch und lehnten teilweise die Aufnahme von Juden ab). Auch in führende Positionen nahmen die Sozialdemokraten Juden auf. 80 Prozent der sozialistischen Intellektuellen waren jüdischer Herkunft.

Der Weg in die Massenvernichtung

Die Dimension des Totalitarismus nach Kershaw

Der Leser möge sich wiederum unser grünes (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-System der Mehrheit vor Augen führen und sich bei den folgenden Ausführungen vergegenwärtigen,

28 Zitiert nach Pauley 1993, 187.

welche Implikationen die soeben geschilderten Entwicklungen im (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-System zur Folge hatten. Wir zeigten gerade für die Erste Republik in Österreich die komplexen Spannungen, welche der letztlich bewaffnete Kampf der Ideologiemilieus gegeneinander nach sich zog. Man versuchte, die Entwicklungen, die im Nationalsozialismus zu einer "Komplexitätsreduktion" führten, vor allem mit den Begriffen des Totalitarismus und des Faschismus begrifflich zu fassen. Beides sind Begriffe, die auf die *politische* Ebene des (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Systems Bezug nehmen. Von der politischen Ebene ging der Prozess aus, er erfasste aber zweifelsohne alle Bereiche der Kultur, Kunst, Religion, der Sprache inklusive Medienkontrolle und Medienmanipulation sowie der Wirtschaft, die alle ideologisch und politisch umgestaltet wurden. Die Begriffe Totalitarismus und Faschismus werden jedoch selbst inflationär benutzt, weshalb wir die gründlichen Analysen eines Experten für die Beurteilung gekürzt heranziehen.

"Es gibt zwei Kategorien von Kritikern des Totalitarismusbegriffs: (a) diejenigen, die jedwede Anwendung eines Totalitarismusbegriffs oder einer Totalitarismustheorie kategorisch ablehnen, und (b) diejenigen, die bereit sind, einem solchen Begriff einige theoretische Bedeutung zuzugestehen, ihn dabei aber als Analyseinstrument in der Praxis nur für begrenzt anwendbar halten. Die zugunsten der zweiten Position geäußerten Argumente scheinen mir überzeugender zu sein."

Zum Vergleich der Systeme des Nationalsozialismus und Stalinismus schreibt Kershaw in diesem Zusammenhang:

"Beim Totalitarismuskonzept werde die Form – die äußere Gestalt der Herrschaftssysteme – als Inhalt, als ihr Wesen behandelt. Das führe dazu, daß die völlig verschiedenen Ziele und Intentionen des Nationalsozialismus und des Bolschewismus ganz außer acht gelassen würden – Ziele, die im ersten Fall ganz und gar unmenschlich und negativ und im zweiten Fall letzten Endes menschlich und positiv gewesen seien. Dieser Einwand überzeugt nicht ganz. Wie Adam gezeigt hat, basiert dieses Argument darauf, daß von der (weder nachprüfbar noch widerlegbar) Zukunft auf die Gegenwart geschlossen wird – ein Verfahren, das streng logisch betrachtet unzulässig ist. Außerdem beruht dieses Argument auf der Annahme, Form und Inhalt könnten so losgelöst voneinander sein, daß eine Bemerkung über die Form noch nichts über den Inhalt aussagt – ein Punkt, der selbst von materialistischen Dialektikern verworfen wird. Darüber hinaus wird, wenn bei der Gegenüberstellung die vom Bolschewismus letztlich angestrebte Menschlichkeit gegenüber der Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus betont wird, die angenommene idealistische Absicht des einen Systems mit der bekannten Realität des anderen verglichen. Dabei weicht man der Frage aus, ob in bezug auf die Herrschaftstechniken nicht möglicherweise tatsächlich Ähnlichkeiten zwischen den Regimen Stalins und Hitlers bestehen. Der rein funktionale Punkt, daß der kommunistische Terror 'positiv' sei, weil er auf einen 'vollständigen und radikalen Wandel in der Gesellschaft' hinziele, während der faschistische Naziterror 'seinen Höhepunkt mit der Vernichtung der Juden erreichte' und 'gar nicht versuchte, das menschliche Verhalten zu verändern oder eine wirklich neue Gesellschaft aufzubauen', ist – ganz abgesehen von der im letzten Satz aufgestellten fraglichen Behauptung – ein zynisches Werturteil über die Schrecken des stalinistischen Terrors."

Nach unserem Dafürhalten erscheint es daher auch in der historischen Analyse erforderlich, Systemanalysen unter Benutzung differenzierter Parameter, wie hier im Gesellschaftsmodell der Figur 1, durchzuführen. Für die Systeme des Nationalsozialismus und des Stalinismus gewinnt man in einer solchen Analyse genügend Aussagekraft, um innerhalb des Totalitarismusbegriffes in ausreichendem Maße die formalen (funktionalen) und inhaltlichen Unterschiede der beiden Systeme zu erfassen. Was Kershaw zu Recht aufzeigt, ist die ideologische Verstrickung des Begriffes Totalitarismus im rechten bzw. linken politischen Konnex. Die schwierige Frage der "adäquaten" Ideologiekritik bleibt bestehen. Nach einem Überblick über die Positionen zum Ideologiebegriff kommt Kershaw zu folgendem Ergebnis.

Die Dimension des Faschismus nach Kershaw

"Gegner der Verwendung eines generischen Faschismusbegriffs erheben zwei prinzipielle und ernsthafte Einwände gegen die Kategorisierung des Nationalsozialismus als Faschismus: erstens – und diesen Einwand

halte ich für gerechtfertigt – werde der Begriff häufig in inflationärer Weise auf eine große Zahl von Bewegungen und Regimen von völlig unterschiedlicher Art und Bedeutung ausgedehnt, und zweitens – doch dies finde ich weniger überzeugend – sei der Begriff nicht imstande, die einzigartigen Merkmale des Nationalsozialismus befriedigend zu erfassen, und die Unterschiede zwischen dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus wögen bedeutend stärker als irgendwelche oberflächliche Ähnlichkeiten, die die beiden vielleicht zu besitzen scheinen."

Nach einer subtilen Analyse der bisherigen Diskussion arbeitet Kershaw die Ähnlichkeiten des Nationalsozialismus mit anderen, vor allem der italienischen Bewegungen heraus:

"Zu diesen Ähnlichkeiten gehören: ein extremer chauvinistischer Nationalsozialismus mit ausgesprochen imperialistischen, expansionistischen Tendenzen; eine antisozialistische, anti-marxistische Stoßrichtung, die auf die Zerstörung der Organisationen der Arbeiterklasse und deren marxistische politische Philosophie abzielt; als Basis eine Massenpartei, die Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft anzieht, aber besonders deutlich von der Mittelschicht unterstützt wird und sich auch für die Bauernschaft und verschiedene entwurzelte oder äußerst labile Teile der Bevölkerung als attraktiv erweist; die Fixierung auf einen charismatischen, vom Volk legitimierten Führer; eine extreme Intoleranz gegenüber allen oppositionellen und mutmaßlich oppositionellen Gruppen, die sich in brutalem Terror, offener Gewalt und schonungsloser Unterdrückung äußert; die Verherrlichung von Militarismus und Krieg, die durch die Reaktion auf die aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangene, umfassende soziopolitische Krise in Europa noch verstärkt wird; die Abhängigkeit von einem Bündnis mit den vorhandenen (industriellen, agrarischen, militärischen und bürokratischen) Eliten, um einen politischen Durchbruch zu erzielen; und – trotz einer populistisch-revolutionären, gegen das Establishment gerichteten Rhetorik – zumindest am Anfang eine stabilisierende oder restaurative Funktion in bezug auf die Gesellschaftsordnung und kapitalistische Strukturen."²⁹

Diese Typisierung können wir etwa dadurch konkretisieren, dass wir uns das Gesellschaftssystem der Ersten Republik im obigen Atlas vergegenwärtigen. Die Nationalen waren eine Bewegung im Spannungsfeld der politischen Lager. Die Destabilisierung des gesamten (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Systems durch den bewaffneten Dauerkonflikt der Ideologien führte zu einer schweren Krise, mit einem politischen Durchbruch der Nationalsozialisten. Sichtbar wird auch, wie ausgehend von der politischen Ebene des Systems alle anderen Ebenen und alle Schichten des Systems aus einem komplexen Zustand der Differenzierung faschistisch gleichgeschaltet und damit eine Reduktion des Differenzierungsgrades erreicht wurde.

"Unter dem Blickwinkel der angeblichen Einzigartigkeit des Nationalsozialismus legt die vorstehende Betrachtung des Totalitarismus – und des Faschismusbegriffs folgende Schlußfolgerungen nahe:

1. Mit Hilfe des Faschismusbegriffs lassen sich der Charakter des Nationalsozialismus, die Umstände seines Anwachsens, die Art seiner Herrschaft und seine Einordnung in den europäischen Kontext der Zwischenkriegszeit befriedigender und zutreffender erklären als mit Hilfe des Totalitarismusbegriffs. Es bestehen nicht nur periphere, sondern tiefgehende Ähnlichkeiten mit anderen Arten des Faschismus. Aufgrund der Merkmale steht der Nationalsozialismus unmittelbar im europaweiten Kontext radikaler, antisozialistischer, national-integrationistischer Bewegungen, die zudem die Formen – wenn auch nicht den ökonomischen Kern – der bürgerlichen Gesellschaft ablehnen; sie entstanden in der Zeit des offenen imperialistischen Konflikts und wurden in der Öffentlichkeit dann bei den Unruhen bekannt, die auf den Ersten Weltkrieg folgten.

2. Dies widerspricht keineswegs einer gleichzeitigen Beibehaltung des Totalitarismusbegriffs, auch wenn dieser Begriff weit weniger brauchbar und nur von sehr begrenztem Wert ist. Zweifellos besaß der Nationalsozialismus einen 'totalen' (oder 'totalitären') Anspruch, der sowohl für seine Herrschaftsmechanismen als auch für das – konforme und oppositionelle – Verhalten seiner Bürger Folgen hatte. Die Folgen für die Herrschaftsmechanismen spiegelten sich vor allem in neuen Formen plebiszitärer Massenmobilisierung mittels neuer Herrschaftstechniken in Verbindung mit einer exklusiven dynamischen Ideologie und monopolistischen Forderungen an die Gesellschaft. Auf der Grundlage dieser Charakteristika ist es legitim, die Herrschaftsformen

29 Hervorhebung durch den Autor.

in Deutschland unter Hitler und in der Sowjetunion unter Stalin miteinander zu vergleichen, selbst wenn dieser Vergleich – aus den vorgenannten Gründen – von Anfang an dazu verurteilt ist, oberflächlich und unbefriedigend zu bleiben. Darüber hinaus dürfte der Terminus Totalitarismus – wenn er denn überhaupt verwendet werden soll – unserer Analyse zufolge nur auf vorübergehende Phasen extremer Instabilität, die sich in einem paranoiden Unsicherheitsgefühl der Regime spiegeln, Anwendung finden und sollte nicht als Kennzeichen einer dauerhaften Herrschaftsstruktur angesehen werden. Aus einer Langzeitperspektive betrachtet, könnte man sagen, daß die gesamte Zeit des Dritten Reiches und der größte Teil der Herrschaft Stalins in eine solche Kategorie fallen. Dies wäre ein zusätzlicher Grund, den vergleichenden Totalitarismusbegriff nicht auf das nachstalinistische kommunistische System anzuwenden, denn dort würde er rasch sinnlos, wenn nicht sogar regelrecht absurd wirken."

Kershaw stellt sich im Weiteren gegen Thesen, wonach das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus vor allem auf die Einzigartigkeit seines Führers bezogen werden müsste. Unsere Darstellung der Ideologiefelder der Konservativen Revolution mit dem Hinweis auf die Literatur in der Endnote 1 sowie der Milieus in Österreich zeigt deutlich, welcher traditionell ausgeformte Ideologiefundus den theoretischen und praktischen Hintergrund für die Bündelung durch die Nationalsozialisten bildete.

"3. Die besonderen Merkmale, die den Nationalsozialismus von anderen bedeutenden Erscheinungsformen des Faschismus unterscheiden, lassen sich nur dann ganz verstehen, wenn sie im Rahmen der Strukturen und Bedingungen der deutschen *sozioökonomischen und ideologisch-politischen* Entwicklung in der bürgerlich-industriellen Epoche gesehen werden. Die Person, die Ideologie und die Funktion Hitlers müssen in diese Strukturen eingeordnet und zu ihnen in Beziehung gesetzt werden. Ohne Frage hat Hitler persönlich einen entscheidenden Anteil sowohl am Aufstieg des Nationalsozialismus als auch am Wesen der Naziherrschaft gehabt. Doch kann die Bedeutung seiner Rolle nur beurteilt werden, wenn man den von ihm geleisteten Beitrag zu den Umständen in Beziehung setzt, die ihn selbst geprägt und gefördert haben und die er nicht einmal auf der Höhe seiner Macht selbständig kontrollieren konnte. Der Nationalsozialismus war in vielerlei Hinsicht tatsächlich ein einzigartiges Phänomen. Doch läßt sich diese Eigenschaft – außer in einem sehr oberflächlichen Sinne – nicht allein der Einzigartigkeit seines Führers zuschreiben."

Verhältnis Ideologie – Politik – Wirtschaft nach Kershaw

Ein Ausgangspunkt der Analyse ist nach Kershaw die Frage, ob die Polarisierung in den "Primat der Politik" auf der einen und den "Primat der Wirtschaft" auf der anderen Seite nicht einer stark übertriebenen Vereinfachung einer komplexen strukturellen Wechselbeziehung zwischen der Politik des NS-Staates und den Interessen des deutschen Kapitals gleichkommt. Die Reduzierung der Alternativen auf Politik und Wirtschaft engt den Begriff der Politik in unzulässiger Weise ein und geht von einer kruden und irreführenden Dichotomie zwischen Staat und Gesellschaft aus.

"Zweifelloos bestand das durch das Aufrüstungs- und Expansionsprogramm zementierte Bündnis zwischen der Naziführung und dem militärisch-industriellen Komplex bis in die Endphase des Dritten Reiches hinein, und beide Seiten sahen sich dabei immer stärker an die Logik der von ihnen in Gang gesetzten Entwicklung gebunden. Dennoch könnte man sagen, daß sich das Gewicht innerhalb dieses 'Bündnisses' langsam, aber unaufhaltsam zugunsten der Naziführung verschob, so daß schließlich an den entscheidenden Schnittpunkten der Entwicklung im Dritten Reich die politischen und ideologischen Forderungen der Naziführer bei politischen Entscheidungen eine zunehmend dominierende Rolle spielten. In der Tat scheint die letzten Endes selbstzerstörerische irrationale Eigendynamik des Naziregimes nur auf der Grundlage folgender Prämisse erklärbar zu sein: Je rascher das Regime außer Kontrolle geriet und dem Abgrund zustrebte, desto mehr wurden politisch-ideologische Initiativen möglich, die mit dem Potential des sozioökonomischen Systems, sich zu reproduzieren, nicht in Einklang standen und es letztlich direkt zerstörten.

Um diesen Prozeß zu verstehen, muß man die Stellung und Rolle der 'Großwirtschaft' im Rahmen der komplexen und sich verändernden multidimensionalen ('polykratischen') Machtstrukturen im Dritten Reich bestimmen. Dazu ist es unbedingt erforderlich, sich von zwei Modellvorstellungen zu lösen: vom 'Totalitarismus'-Modell, bei dem von einer zentralisierten Kommandowirtschaft und einem monolithischen Staat

in den Händen Hitlers und einer Clique von Naziführern ausgegangen wird, und von jenem anderen, beinahe ebenso monolithischen Modell, das den NS-Staat als unmittelbaren Repräsentanten und aggressivste Form der Herrschaft des Finanzkapitals betrachtet. Weit erhellender ist als interpretatives Konzept ein Gedanke, der zuerst von Franz Neumann formuliert und später von Peter Hüttenberger erweitert und weiterentwickelt worden ist: Er sieht im Naziregime einen ungeschriebenen 'Pakt' (beziehungsweise eine 'Allianz') zwischen verschiedenen, aber wechselseitig abhängigen Blöcken in einem 'Machtkartell'. *Dieses Kartell war anfangs ein Dreieck, bestehend aus dem Naziblock (der die verschiedenen Teile der Nazibewegung umfasst), der 'Großwirtschaft' (einschließlich der Großgrundbesitzer) und der Reichswehr. Ab etwa 1936 kam, so könnte man sagen, eine vierte Gruppierung hinzu, da der Naziblock selbst in zwei Teile zerfiel: in die eigentliche Parteiorganisation und in den immer mächtiger werdenden SS/SD/Gestapo-Komplex.* Wenn die Blöcke innerhalb des 'Machtkartells' auch bis zum Ende des Dritten Reiches intakt blieben und ihre wechselseitige Abhängigkeit fort dauerte, so änderte sich doch im Laufe der Diktatur ihr gegenseitiges Verhältnis und ihr Gewicht innerhalb des 'Kartells'. Grob gesagt ging die Veränderung in Richtung einer Erweiterung der Macht des Naziblocks, insbesondere des SS/SD/Gestapo-Komplexes, und einer entsprechenden – wenn auch niemals auf Bedeutungslosigkeit oder völlige Unterwerfung hinauslaufenden – Schwächung der relativen Position der 'Großwirtschaft' und der Wehrmachtsführung innerhalb des 'Kartells'.

Der 'Pakt' von 1933 basiert auf den gemeinsamen Interessen – aber nicht auf völliger Übereinstimmung – von Naziblock, 'Großwirtschaft' und Reichswehr (die 1935 in 'Wehrmacht' umbenannt wurde – Anm. d. Übers.). Das Bündnis zwischen Nationalsozialismus und Reichswehr gab den neuen Naziherrschern freie Hand bei der radikalen Umorganisation der innenpolitischen Ordnung in Deutschland, und im Gegenzug wurde die Reichswehr/Wehrmacht als 'die wichtigste Institution im Staate' anerkannt und erhielt ein umfassendes Aufrüstungsprogramm zugesichert, das Zielen entsprach, die die Reichswehr schon zu Weimarer Zeiten sehnlichst angestrebt hatte. Die massive Aufrüstung wurde zum Hauptkatalysator, der die dynamische Verschmelzung der Interessen der Wehrmacht, Industrie und Naziführung sicherstellte. Anfangs war das deutsche Großkapital, das in sich gespalten war und zum Teil widersprüchliche wirtschaftliche Zielvorstellungen hatte, alles andere als völlig – oder einstimmig – begeistert darüber, daß der Aufrüstung absolute Priorität gegeben werden sollte. Doch entstand dann dadurch, daß die Linke zerschlagen wurde, die Industrie freie Hand bekam, die industriellen Beziehungen neu geordnet wurden und sich ganz allgemein ein neues politisches Klima entwickelte, die Grundlage für eine positive Beziehung zwischen der Naziregierung und dem 'Großkapital' (bzw. der 'Großwirtschaft'). Und diese Beziehung festigte sich durch den Auftrieb, den die Wirtschaft durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm bekam, und dann in zunehmendem Maße auch durch die enormen Profite, die der Rüstungsboom abwarf."

Wir sehen hier die Folgen der totalen Eliminierung der politischen Linken, welche zu einer völlig neuen Konstellation zwischen der nunmehr schon gleichgeschalteten politischen und der wirtschaftlichen Ebene führte, welche die gesamten übrigen Parameter im Gesellschaftsmodell erheblich weiterveränderte.

"Und es ist auch klar, daß die deutsche Expansion nach Österreich und in die Tschechoslowakei hinein sowohl wirtschaftlich als auch strategisch gesehen ein logischer und notwendiger Schritt war. Deutsche Firmen zogen aus dieser Expansion einen enormen Nutzen, genauso wie einige größere Konzerne 1938 sehr stark von der 'Arisierung' der Wirtschaft profitierten. Ideologische, strategische und wirtschaftliche Interessen gingen immer noch Hand in Hand. Doch gewann dann eine risikoreiche Politik zunehmend an Auftrieb, bei der die unaufhaltbare Eigendynamik des Rüstungswettlaufs, der an den ideologischen Expansionismus der Naziführung gekoppelt war, den Rahmen prägte, in dem wirtschaftliche Interessen zum Zuge kamen.

Als schlagendes Argument haben diejenigen, die einen 'Primat-der-Politik'-Ansatz vertreten, bislang immer die Vernichtung der Juden ins Feld geführt, denn diese spricht auf den ersten Blick ganz offensichtlich gegen die Annahme, daß hinter der Nazipolitik die Interessen des 'Großkapitals' steckten. Tatsächlich erklärte das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete schon im Herbst 1941 ausdrücklich: 'Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des [Juden-]Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben.' Und Mason weist in seinem Aufsatz über den 'Primat der Politik' darauf hin, daß sich 'unter den ersten polnischen Juden, die in den Vernichtungslagern vergast wurden, [...] Tausende von gelernten Metallarbeitern aus polnischen Rüstungsbetrieben' befanden.

Es war kaum mit 'rationalen' Wirtschaftsinteressen zu vereinbaren, daß knappe Transportmittel dazu eingesetzt wurden, menschliche 'Fracht' zur sofortigen Vernichtung quer durch Europa zu transportieren – und das zu einer Zeit, als die deutsche Industrie dringend Arbeitskräfte benötigte. (Einige jüdische Arbeiter fanden allerdings fast bis zum Ende des Krieges Verwendung.) Wie wir in einem späteren Kapitel ausführlicher zeigen werden, würde

es jedoch zu einer verzerrten Darstellung führen, wenn man die 'Endlösung' aus dem materiellen und ideologischen Zusammenhang der komplexen Entwicklung, die nach Auschwitz führte, herauslösen wollte. Das 'Großkapital' stand frühen antijüdischen Maßnahmen im NS-Staat gleichgültig gegenüber – außer in den Fällen, in denen der deutsche Außenhandel negative Reaktionen des Auslandes zu spüren bekam. Aus wirtschaftlichen Gründen kritisierte etwa Reichswirtschaftsminister Schacht 1935 die antijüdische 'Boykottbewegung' und die wilden Terroraktionen gegen Juden. Unter dem wachsenden Druck der Rüstungswirtschaft hatte das 'Großkapital' dann jedoch ein unmittelbares Interesse an der Aneignung jüdischen Kapitals und setzte sich Ende 1937 und 1938 stark für die 'Arisierung' jüdischer Konzerne ein. Darüber hinaus folgte aus der – innerhalb der gesamten Machtstruktur des Regimes – zunehmenden Macht und Autonomie des SS/SD/Gestapo-Komplexes, der spätestens Ende 1938 die Kontrolle über die Durchführung der antijüdischen Politik erlangt hatte, daß antijüdische Maßnahmen nun eine rasch wachsende Eigendynamik bekamen. Angesichts der massiven Ausweitung der 'jüdischen Frage' auf die besetzten Gebiete und angesichts der verwaltungsmäßig nicht zu lösenden Art des 'Problems' ließ sich die innere Dynamik einer Entwicklung, die inzwischen folgerichtig nur noch mit der physischen Vernichtung enden konnte, nicht mehr kontrollieren. Doch auch noch in dieser Phase bestand jedenfalls kein Widerspruch zwischen der relativen Autonomie des SS-Apparates innerhalb des Regimes und den Interessen des deutschen Kapitals. In Deutschlands größeren Industriekonzernen war man mehr als bereit, aus der Konzentrierung jüdischer Arbeitskräfte in den polnischen Ghettos Nutzen zu ziehen, denn hier hatte man freie Hand für eine völlige Ausbeutung bei absolut minimalen Kosten. Ein eventueller 'Materialverlust' war leicht zu verschmerzen in dieser Zeit der Expansion, in der eine reichliche Versorgung mit Sklaven zur Deckung des Bedarfs der gesamten deutschen Wirtschaft unmittelbar bevorzustehen schien. Als dann der Kriegsverlauf – und mit ihm die Aussichten und Interessen der deutschen Industrie – eine dramatische Wendung genommen hatte, war die massenhafte physische Vernichtung der Juden bereits in vollem Gange und nicht mehr aufzuhalten – eine Vernichtung, die sich nach und nach als 'Lösung' für den administrativen Alptraum herauskristallisiert hatte, zu dem es aufgrund des von den Naziherrschern selbstgeschaffenen 'Problems' gekommen war.

Die Vernichtung der Juden war daher letztlich eine 'Politik', die wirtschaftlicher Vernunft widersprach. Aber sie trat erst als Endphase eines Prozesses auf, der längere Zeit dem deutschen Kapital nicht zuwiderlief, und zwar selbst dort, wo er nicht direkt in dessen Interesse war. Die 'Endlösung' wurde erst durch die Umstände des Krieges und brutale Eroberung möglich. Die besessene Beschäftigung mit der 'jüdischen Frage' war im wesentlichen eine Angelegenheit des Naziblocks innerhalb des 'Machtkartells' des Dritten Reiches. Die anderen Machteliten zeigten allerdings keinerlei Bedenken, antijüdische Maßnahmen mit durchzuführen zu helfen und aus ideologischen Zwangsvorstellungen politische Entscheidungen werden zu lassen. Schließlich sorgten alle Teile des 'Machtkartells' dafür, daß es zu dem brutalen Eroberungskrieg kam, der aus dem Genozid statt einer Wahnvorstellung eine erreichbare Realität machte.

Bis zum Schluß war die deutsche Industrie in die Ausplünderung, Ausbeutung und Zerstörung, die von den Nazis in den besetzten Gebieten betrieben wurde, verwickelt und ebenso daran beteiligt wie am dortigen Massenmord. Während bestimmte Gruppen innerhalb der Wehrmacht und der alten Aristokratie eine Entwicklung durchmachten, die von anfänglicher Reserviertheit hin zu offener Antipathie gegenüber dem NS-Regime ging und die schließlich am 20. Juli 1944 im Anschlag auf Hitler gipfelte, waren industrielle Führungskräfte in Widerstandskreisen bezeichnenderweise nicht zu finden. Im letzten Kriegsjahr wurde es dann allerdings auch dem 'Großkapital' immer klarer, daß die sich abzeichnende völlige Zerstörung im Widerspruch zu jeglicher 'rationaler' Wirtschaftspolitik stand. Dennoch war die Trennung zwischen dem radikalen Nihilismus des Naziblocks und den materiellen Interessen der deutschen Industrie erst in der letzten Phase des Krieges voll vorhanden, als das Regime in seinem Todeskampf wild um sich schlug.

Bis in die letzten Phasen des Krieges zogen all jene Teile des Industrie- und Finanzsektors, die mit der Waffenproduktion zu tun hatten, aus dem Dritten Reich einen ungeheuren Nutzen. Die unverteilteten Gewinne von Kapitalgesellschaften waren 1939 viermal höher als 1928. Die Monopolkonzerne waren die größten Einzelgewinner – an herausragender Stelle der Chemiegigant IG Farben, dessen jährlicher Reingewinn, der zwischen 1933 und 1935 stagniert hatte, sich 1936 von 70 auf 140 Millionen Reichsmark verdoppelte, dann bis 1940 auf 300 Millionen Reichsmark hochschnellte und anschließend zweifellos weitere gewaltige Höhen erklimmte (die allerdings nicht dokumentiert sind). Die Riesengewinne der größeren Konzerne waren kein zufälliges Nebenprodukt des Nationalsozialismus, denn es paßte zu dessen Anschauungen, daß der Privatindustrie freie Hand gewährt und der unternehmerische Geist in den höchsten Tönen gelobt wurde."

Der Weg in die Vernichtung

Der Weg in die Katastrophe und die Katastrophe selbst sollen hier nur in den wichtigsten Stadien, im Wesentlichen nach Schubert, dargestellt werden, da es darüber reichhaltige Spezialliteratur gibt.

Wirtschaftliche Ebene

Am 1. April 1933 fand in Deutschland der Boykott jüdischer Geschäfte statt, der auch eine Diffamierung der jüdischen Mitbürger bedeutete. Am 7. April folgte das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das alle jene Beamten ausschied, die jüdischer Abstammung waren oder die als politisch unzuverlässig galten. Vorläufig waren noch nicht jene Beamten jüdischer Abstammung betroffen, die im Weltkrieg gekämpft hatten oder deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen waren. Der Weg zur Katastrophe begann zunächst mit kleinen Schritten.

Politisch-national-rassistische Ebene

Ein Paukenschlag waren dann die sogenannten Nürnberger Gesetze, die anlässlich des Parteitags der Freiheit am 15. September 1935 in Nürnberg beschlossen wurden. Es waren dies das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre. Als Reichsbürger galten nur mehr "Staatsangehörige deutschen und artverwandten Blutes". Den Juden war somit das Bürgerrecht aberkannt. Ebenso wurde festgelegt, wer als "Mischling ersten Grades" und als "Mischling zweiten Grades" galt.

Bis Anfang 1938 war etwa ein Drittel der 500.000 deutschen Juden aus Deutschland emigriert. Die verbliebenen Juden waren organisiert in der "Reichsvertretung der deutschen Juden", an deren Spitze der Oberrabbiner von Berlin, Leo Baeck, stand. Als Folge der Okkupation Österreichs am 11. März 1938, durch die eine für den 13. März geplante Volksbefragung verhindert wurde, wurden die etwa 180.000 österreichischen Juden ebenfalls Opfer der nationalsozialistischen Judenpolitik. Die antijüdische Gangart wurde zusehends verschärft.

Eingriffe in die bürgerliche politische Identität

So kam es am 17. August 1938 zur "Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung der Familiennamen und Vornamen". Männliche Juden erhielten zusätzlich den Namen Israel und weibliche den Namen Sara.

Ein weiterer Meilenstein in der Verschärfung der Entrechtung der deutschen Juden war das Novemberprogrom. Der 17jährige Herschel Grynspan, dessen Eltern aus Deutschland nach Polen ausgewiesen wurden, erschoss in Paris den deutschen Gesandtschaftsrat Ernst von Rath am 7. November 1938. Daraufhin wurde ein Progrom organisiert, bei dem fast alle Synagogen des Deutschen Reichs in Brand gesetzt wurden. Jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden zerstört und nahezu 100 Juden ermordet oder schwer verletzt.

Wirtschaftliche Ebene

Am 14. November erschien im Reichsgesetzblatt die "Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit" vom 12. November 1938. Die Höhe dieser Sühneleistung betrug eine Milliarde Reichsmark. Am 30. November 1938 wurde den jüdischen Rechtsanwälten die Gerichtspraxis entzogen, nachdem die Ärzte ihre Approbation schon am 30. September verloren hatten. Als "jüdische Krankenbehandler" durften sie nur mehr jüdische Patienten versorgen. Ebenso wurde Juden schon seit dem Sommer 1938 das Betreten öffentlicher Parkanlagen verboten. Die Bänke erhielten die Aufschrift "Nur für Arier".

Durch die Abtrennung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei als Folge des Münchner Abkommens im Herbst 1938 und durch vollkommene Liquidierung der Tschechoslowakei im März 1939 mit der Schaffung des Reichsprotectorats Böhmen und Mähren kamen auch die Juden dieser Länder unmittelbar unter deutsche Herrschaft. Bei Kriegsausbruch am 1. September 1939 waren trotz forciertes Auswanderung noch etwa 400.000 Juden im nationalsozialistischen Machtbereich.

Weitere politische Entrechtung und physische Bedrohung

Schon im Juni 1939 wurde die "Reichsvertretung der deutschen Juden" aufgelöst und dafür die "Reichsvereinigung der Juden" gegründet, die unmittelbar der GESTAPO unterstellt war. Am 27. September 1939 schloss sich die Gründung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) an. In dessen Rahmen ernannte man Adolf Eichmann zum "Geschäftsführer der Reichszentrale für jüdische Auswanderung". Am 24. November 1939 erging die Verordnung, dass an Juden keine Reichskleiderkarte mehr ausgegeben werden dürfe, und ab Januar 1940 erhielten die Lebensmittelkarten für Juden den Aufdruck "J", was eine erhebliche Minderung der zustehenden Lebensmittel bedeutete. Am 5. September 1941 folgte dann noch die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden, der berüchtigte gelbe Stern mit der Aufschrift "Jude". Wurde bis dahin die Auswanderung der Juden forciert, so erging am 23. Oktober 1941 diesbezüglich ein generelles Verbot.

Ausdehnung auf Europa

Ziel der nationalsozialistischen Judenpolitik war es, Deutschland "judenrein" – wie man es nannte – zu machen. Diese Forderung wurde auf das besetzte Europa ausgedehnt. Da man nunmehr den Juden die Auswanderung nicht mehr gestattete, blieb der physische Mord die einzige Alternative. So fand am 20. Januar 1942 in Berlin die "Wannseekonferenz"³⁰ statt, bei der über die konkrete Durchführung der Ermordung der Juden beraten wurde. Ab 10. April musste auch noch an allen von Juden bewohnten Wohnungen ein "Judenstern" angebracht werden, am 24. April wurde Juden – außer mit Sondergenehmigungen – die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel untersagt und am 30. Juni verordnete das RSHA die Schließung aller jüdischen Schulen und erließ das generelle Verbot, jüdischen Kindern Unterricht zu erteilen. In Wien wurde die "Israelitische Kultusgemeinde" aufgelöst und an ihrer Stelle wurde am 18. Dezember 1942 der "Ältestenrat der Juden in Wien" gegründet.

30 Philipp Burrin sieht einen Zusammenhang zwischen Hitlers Befehl zur systematischen Ermordung September/Oktober 1941 aller in seinem Herrschaftsbereich lebenden Juden und dem Scheitern des Ostfeldzuges (Presserezension des Buches: "Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord"). Eine Übersicht über die gesamten bisherigen Untersuchungen dieser Frage bietet Kershaw 1998, 148f.

Polen

Durch den Polenfeldzug im September 1939 kamen etwa weitere 2 Millionen Juden unter nationalsozialistische Herrschaft. Diese Juden sollten in den größeren Städten konzentriert werden. So kam es im Februar 1940 zur Gründung des Ghettos in Lodz (Litzmannstadt) und im November 1940 des Ghettos in Warschau. In diesen Ghettos gab es zunächst noch eine bescheidene Infrastruktur mit Judenrat, eigenem Ghattogeld etc. Durch Unterernährung und ungenügende Krankenversorgung sollte die "natürliche Sterblichkeit" gefördert werden. Zur Zeit der militärischen Siege der deutschen Wehrmacht im Jahre 1940 dachte man zunächst an eine territoriale "Lösung der europäischen Judenfrage". Man dachte dabei auch an die Insel Madagaskar, auf welche die Juden zwangsweise deportiert werden sollten.

Gesamtlösung

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 21. Juni 1941 setzte die letzte mörderische Phase ein. Die berüchtigten Einsatzgruppen erschossen aufgrund des "Kommissarerallasses" reihenweise Juden und Zigeuner. Am 31. Juli 1941 gab Göring an Heydrich die Weisung, "alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa zu treffen". Im Oktober 1941 wurde die Todesstrafe über alle Juden verhängt, die ohne Genehmigung außerhalb der Ghettomauern angetroffen wurden. Ende 1941 waren für die Juden in Polen nicht mehr die zivilen polnischen Gerichte zuständig, sondern nur mehr die deutsche Polizei und die SS. Ab März 1942 wurden Auschwitz und andere Konzentrationslager in Vernichtungslager umgewandelt. Zur gleichen Zeit begann auch der Transport aus den Ghettos in diese Lager. Aufgabe des lokalen Judenrates war es, die verlangte Quote zum Abtransport bereitzustellen. Der Vorsitzende des Judenrates von Warschau, Adam Czerniakow, beging daraufhin Selbstmord. Dieses Ghetto, das auch das größte war, musste ab Juli 1942 täglich 6.000 Juden für die "Ostverschickung" bereitstellen. Sie kamen in das Vernichtungslager Treblinka. In den 10 Wochen von Ende Juli bis Mitte Oktober wurden so 310.000 Juden aus dem Warschauer Ghetto deportiert. In einem Rechenschaftsbericht an den Reichsführer SS Heinrich Himmler Ende 1942 hieß es, dass im Generalgouvernement 1,274.166 Juden "umgesiedelt" worden seien. Juden versuchten bisweilen Widerstand zu leisten und sich nicht nur wie Schafe auf die Schlachtbank führen zu lassen. Der bekannteste Aufstand war der im Warschauer Ghetto. Der Führer der Aufständischen, Mordechai Anielewicz, überlebte den Aufstand nicht.

Frankreich und Holland

Ab Juni 1942 begannen auch die Deportationen von Juden aus Frankreich und Holland nach Auschwitz. Im April 1943 wurden die letzten Juden Berlins nach Auschwitz gebracht. 1943/44 ereilte dieses Schicksal auch die sephardischen Juden in Saloniki. Im März 1942 stimmte der slowakische Staatspräsident Tiso, ein katholischer Priester, der "Umsiedlung" von 35.000 Juden aus der Slowakei zu. Sie wurden in die Vernichtungslager Auschwitz, Maidanek und Treblinka gebracht. Die Deportationen aus Rumänien fanden 1941 und 1942 statt. Ein Sonderphänomen bildeten bis Frühjahr 1944 die ungarischen Juden. Trotz schikanöser Maßnahmen auch seitens der ungarischen Behörden verhinderte der Reichsverweser Admiral Horthy das Ärgste. Durch die Machtübernahme seitens der Pfeilkreuzler und das Wirken Eichmanns und seiner Schergen in Ungarn ab dem Frühjahr 1944 wurde aber auch ein großer Teil der ungarischen Juden Opfer der nationalsozialistischen 'Endlösung'. 1944, als die militärische Niederlage sich immer deutlicher abzeichnete, wollte die SS noch

mit den überlebenden Juden Geschäfte machen, indem zunächst knapp 4000 Menschen (Rudolph-Kastner-Transporte) in die Schweiz reisen durften und der aktive Zionist Joel Brand in den Nahen Osten geschickt wurde, um mit den Engländern über ein Geschäft – Waren gegen Juden – zu verhandeln. Dass ein solches Geschäft nichts bringen konnte, war sowohl Kastner als auch Brand bekannt, sie suchten aber dadurch Zeit zu gewinnen.

Die jüdischen Organisationen, besonders die Jewish Agency for Palestine, der World Jewish Congress und das karitative American Jewish Joint Distribution Committee, konnten nur in wenigen Fällen helfen. Das Bureau der Jewish Agency in Genf erhielt verschlüsselte Briefe, in denen das ganze Grauen deutlich wurde. "Resümierend kann nur festgestellt werden: Das Ungeheuerliche ist geschehen, es aber als unglaublich zu bezeichnen, schafft nur neue Schuld. Die Juden als die Opfer der Schoa und all jene, die sie nicht verhindern konnten, müssen verstehen, daß nach einem derartigen Desaster viele Juden ein Ende der Diaspora ersehnten und daher im Zionismus und im Staate Israel für sich selbst die einzig mögliche Zukunft sahen" (Schubert).

Nochmals seien einige zusammenfassende Überlegungen Kershaws erwähnt, welche andere Perspektiven des Dramas umreißen.

Genesis der Endlösung

"Die mit diesem Thema befaßten Wissenschaftler tendieren in zunehmendem Maße zu der Ansicht, daß die 'Endlösung' nicht durch eine einzelne Entscheidung herbeigeführt wurde, sondern daß es zwischen Frühjahr 1941 und Sommer 1942 auf der Suche nach einer 'Lösung der Judenfrage' im Rahmen eines – durch den ausbleibenden Sieg über die Sowjetunion torpedierten – riesigen 'Umsiedlungs-' und ethnischen 'Säuberungsprogramms' für Mittel- und Osteuropa zu einem längeren Radikalisierungsprozeß kam, der durch mehrere krasse Eskalationsphasen gekennzeichnet war. Hitlers ausdrückliche Billigung und Sanktionierung der Eskalationsphasen bei der Ermordung der Juden wird von niemandem in Zweifel gezogen. Die wichtigsten Phasen dieses Prozesses ereigneten sich im Frühjahr 1941 (bei der Planung des 'Unternehmens Barbarossa'), im Sommer 1941 (mit dem Schritt zum totalen Genozid in der Sowjetunion), im Herbst 1941 (als Folge der Entscheidung Hitlers, die Juden aus dem 'Reich' sowie aus Böhmen und Mähren nach Osten schaffen zu lassen), im Dezember 1941 (im Gefolge der Kriegserklärung gegen die USA) und im Frühjahr 1942 (mit der Herausbildung des koordinierten Vernichtungsprogramms). Obwohl Gerlach alle Argumente verwirft, die darauf abheben, daß die letzten entscheidenden Beschlüsse erst im Frühjahr 1942 gefällt wurden, führen in jüngerer Zeit eine ganze Reihe wichtiger Regionalstudien über die nationalsozialistische Völkermordpolitik (darunter nicht zuletzt Gerlachs eigene Untersuchung) zu dem – von Martin Broszat bereits 1977, wenn auch eher intuitiv, vertretenen – Schluß, daß die Entwicklung der 'Endlösung' wenig systematisch von-statten ging. Welche Rolle Hitler in diesen Schlüsselphasen genau spielte, bleibt größtenteils im dunklen. Das heißt aber nicht, daß sie unbedeutend war. Ganz im Gegenteil: Hitlers Impulse bei der Entwicklung des barbarischen Plans zur Eroberung der Sowjetunion, seine Zustimmung zu der von Himmler im Sommer betriebenen Ausweitung des Völkermords in der Sowjetunion, sein schließlich im September erklärtes Einverständnis mit der Deportation der deutschen Juden in den Osten und die von ihm im Dezember offen geäußerte Ermunterung zu Vernichtungsaktionen hatten alle entscheidenden Anteil an der Autorisierung der allmählich Gestalt annehmenden 'Endlösung'. Für die entscheidenden Schritte auf dem Weg zum Völkermord war die Genehmigung des 'Führers' unerlässlich. Ob es dabei eine einzelne umfassende 'Führerentscheidung' gegeben hat, ist höchst fraglich, allerdings auf jeden Fall auch nur ein zweitrangiges Thema.

Wenn man diese Diskussion über die Entstehung der 'Endlösung' zu den polarisierten 'hitleristischen' und 'strukturalistischen' Interpretationen in Beziehung setzt – also zu der einen Sichtweise, die betont, ein langfristig geplantes, auf Vernichtung hinzielendes Programm habe in einem Befehl Hitlers gegipfelt, und der anderen, die von einem Prozeß dauernder Improvisation als Ausweg aus selbstverursachten Verwaltungsschwierigkeiten ausgeht –, dann dürfte man zu dem Schluß kommen, daß keines der Modelle eine ganz befriedigende Erklärung liefert.

Trotz seiner beispiellos brutalen Sprache lassen sich bei Hitler nur schwer direkte Handlungen festmachen. Zwar war sein Judenhaß zweifellos eine Konstante, doch änderte sich das Verhältnis dieses Hasses zur aktuellen Politik im Laufe der Zeit beträchtlich, während die politischen Möglichkeiten immer beschränkter wurden. Hitler selbst war an der offenen Formulierung dieser Politik kaum beteiligt – weder in den dreißiger Jahren noch während der Herausbildung der 'Endlösung' selbst. Seine Hauptrolle bestand darin, für das brutale Klima zu sorgen, in dem die Verfolgung stattfand, und Initiativen, die hauptsächlich von anderen kamen, zu sanktionieren und zu legitimieren. Mehr war nicht erforderlich. Die launenhaften Sprünge, die die antijüdische Politik sowohl vor dem Kriege als auch in den Jahren 1939 bis 1941 machte und aus denen sich die 'Endlösung' entwickelte, widerlegen jede Vorstellung von einem 'Plan' oder 'Programm'. Die Radikalisierung konnte erfolgen, ohne daß Hitler entscheidend den Kurs bestimmte. Doch Hitlers Einfluß war allgegenwärtig, und seine direkte Intervention war in der antijüdischen Politik mitunter entscheidend. Sein dogmatisches, unerschütterliches Festhalten an einem vagen ideologischen Imperativ – 'Entfernung der Juden' aus Deutschland und anschließende 'Endlösung der Judenfrage' –, der in bürokratische und exekutive Maßnahmen übertragen werden mußte, war nichtsdestoweniger eine unerläßliche Voraussetzung für die eskalierende Barbarei und den schrittweisen Übergang zum umfassenden Völkermord.

Ohne Hitlers fanatisches Bestreben, das Judentum zu zerstören, aus dem sich erst 1941 die physische Vernichtung der Juden Europas als realisierbares Ziel herauskristallisierte, wäre es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zum Holocaust gekommen. Es wäre aber auch, wie Streit betont, nicht dazu gekommen, wenn die Wehrmacht sich nicht aktiv beteiligt hätte – die einzige Kraft, die noch in der Lage gewesen wäre, das Naziregime unter Kontrolle zu halten. Ebenso wenig hätte dabei das – bis hin zu aktiver Komplizenschaft reichende – Einverständnis der Beamtenschaft fehlen dürfen, die bemüht war, die mit der zunehmenden Diskriminierung verbundenen Anforderungen zu erfüllen. Auch ohne die Führungskräfte der deutschen Industrie, die die Produktion der Todesmaschinerie leiteten und ihre Fabriken in unmittelbarer Nähe der Konzentrationslager errichteten, wäre die 'Endlösung' nicht möglich geworden. Und innerhalb des SS/SD/Gestapo-Organisationskomplexes waren es weniger die absoluten Rassefanatiker als die ehrgeizigen Organisatoren und kompetenten Verwaltungsfachleute wie Eichmann und die eiskalten Henker wie Höß, die aus einer höllischen Vision eine Hölle auf Erden machten.

Zusammen mit dem organisierten Chaos in den Ostgebieten, das durch das Fehlen einer klaren, zentralen Leitung und eines entsprechenden Konzepts zustande kam sowie durch das unter den unmenschlichsten Bedingungen erfolgende Zusammenpressen von immer größeren Massen von 'Untermenschen', lieferte der langwierige, aber schrittweise Prozeß der Entpersönlichung und Entmenschlichung der Juden den Kontext, in dem der Massenmord – sobald er im Rußlandfeldzug erst einmal eingeführt worden war – ad hoc angewandt und ausgeweitet wurde, bis sich aus ihm die totale Vernichtung entwickelte. Gleichzeitig ging die 'Endlösung' nicht einfach aus einer Unzahl von örtlichen 'Initiativen' hervor: Wenn zuerst auch zögernd, wurden im Zentrum doch entscheidende Schritte unternommen, um die Maßnahmen zur völligen Vernichtung zu koordinieren. Die entsprechende zentrale Leitung scheint jedoch größtenteils vom Reichssicherheitshauptamt und weniger von Hitler ausgegangen zu sein, wobei die wichtigsten Schritte von ihm allerdings zweifellos allgemein gebilligt und sanktioniert wurden.

Hitlers 'Intention' war bei dem in der Vernichtung gipfelnden Radikalisierungsprozeß in der antijüdischen Politik mit Sicherheit ein grundlegender Faktor. Wichtiger ist für eine Erklärung des Holocaust jedoch das Wesen der 'charismatischen' Herrschaft im Dritten Reich und die Art und Weise, in der sie die Dynamik der mit Blick auf 'heroische', chimärenhafte Ziele eskalierenden Radikalisierung in Gang hielt und dabei die Regierungsstruktur zersetzte und aufsplitterte. Dies war der wesentliche Rahmen, in dem Hitlers Rassenwahn in praktische Politik umgesetzt werden konnte.

Diese Untersuchung der komplexen Entwicklung der zum Kern der Hitlerschen Weltanschauung gehörenden Rassenpolitik hat gezeigt, daß es zwar sinnlos wäre, von Hitler als einem 'schwachen Diktator' zu reden, daß es aber auch irreführend wäre, das Dritte Reich als eine monokratische Diktatur anzusehen, bei der eine kohärente, einheitliche Befehlsstruktur für die geregelte und zentral gelenkte konsequente Vollstreckung des Führerwillens gesorgt hätte."

Es gibt Lehren, wonach jeder Gedanke, von einem Punkt ausgehend, Kräfte erzeugt, die sich gleichsam wie ein Same, je nach dem Charakter des Gedankens, ausbreiten. Man hätte sich daher davor zu hüten, negative Gedankenkräfte zu erzeugen, weil sie schwere Folgen für die Umwelt und den Täter selbst besitzen können. Rassismus beginnt daher mit

Gedankenkräften³¹, die – wie sich zeigte – ganze Sozialsysteme mit ihrer Gewalt überschwemmen können und deren fatale Folgen für die Opfer sich noch in weiteren Generationen zeigen.

Man sollte bedenken, dass modernes Strafrecht bereits die *Absicht* (den *dolus*) bestraft. Dem liegt eine subtile Beachtung des Verletzungstatbestandes durch geistige Handlung zugrunde. Folgende Wege gibt es, Gesellschaften aus dem Gewirr und der Verschränkung negativer, polarisierter Kraftzonen herauszuführen:

- a) Einführung der Regeln der Ethik für allharmonische Sozialsysteme;
- b) Entwicklung der Rechts- und Politsysteme im Sinne eines universalistischen Humanismus, wie er am Ende skizziert wird.
- c) Die Idee der Ethnie und des *Volkes* ist in der Idee der Gesamtmenschheit aus diesem universalistischen Humanismus abzuleiten und darin als ein innerer Bereich begrifflich zu entwickeln. *Alle Völker stehen nebeneinander und haben sich harmonisch nach den Ideen der Gesamtmenschheit zu vereinen.* Die Vorstellung auserwählter, für geschichtliche Sondermissionen bestimmter Völker ist zu überwinden.
- d) Der Begriff des Staates als einer politischen Organisationsform ist nach den Grundlagen der Rechtsphilosophie in der *absoluten Essentialität* in einer über geltende Staatstheorien weit hinausgehenden Weise weiterzubilden.
- e) Der Begriff der Nation und des Nationalstaates, in dem in der Regel mehrere Ethnien geographisch vereint leben, ist ebenfalls durch die sich aus den universalistischen Grundrechten ergebenden Sozialstandards zu vertiefen und nicht nur philosophisch, sondern auch rechtlich-politisch neu zu definieren.

Die für die Differenzierungs- und vor allem Diskriminierungspotentiale in Gesellschaften und zwischen Staaten derzeit zweifelsohne äußerst wichtigen wirtschaftlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungspotentiale (selbst eine Wurzel von Rassismus und Antisemitismus), die letztlich die Grundlage der Schichtung im (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-System liefern und die man als sedimentierte Diskriminierung betrachten kann, sind letztlich mit den Instrumenten des dialektischen und historischen Materialismus im Marxismus-Leninismus und deren Nachfolgeschulen weder ausreichend adäquat begrifflich erfasst, noch sind die evolutiven Konzepte der Weiterbildung der Gesellschaften in diesem Rahmen im Sinne eines universalistischen Humanismus zufriedenstellend, da sie aus den begrifflichen Mängeln heraus selbst inhumane Potentiale besitzen und die Evolution der Gesellschaften im Sinne der universalistischen Rationalität verhindern und damit menschheitswidrige Zustände verfestigen. Zweifelsohne ergeben die Grundlagen einer Humanität im Sinne des universalistischen Humanismus – dies als Fortsetzung der marxistischen Traditionen – eine nicht nur formelle Rechtsgleichheit, die in den jetzigen Verfassungen verankert ist, sondern eine *materielle Rechtsgleichheit*, die zu völlig neuen Eigentumsverhältnissen und Produktionsverhältnissen führen muss.

Solange diese Änderungen nicht vollzogen sind, müssten aber zumindest folgende Überlegungen gelten:

31 Berta von Suttner sagt in diesem Zusammenhang: "Im Schimpf ist der Schlag schon enthalten."

Der Staat und die Rechtsordnung, werden zwar ohne entsprechende Weiterbildung der Menschen in einem Sozialsystem im Sinne der universalistischen Ideen nicht in der Lage sein, durch *Zwang* "gute" Menschen zu erzeugen. Hinsichtlich aller Diskriminierungspotentiale in einer Gesellschaft im Sinne des (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Systems, insbesondere aller Formen des Rassismus und darin des Antisemitismus, müssen jedoch *legistisch und administrativ möglichst strenge Standards bezüglich der Verletzungsniveaus eingeführt werden*, um die Dynamik derartiger Tendenzen in frühen Stadien zu erfassen und klarzustellen, dass Überschreitungen bestimmter Grenzen durch Einzelpersonen und Gruppen effektiv geahndet werden.³²

Neue Formen des Antisemitismus

Die Wiederkehr der "Neuen Rechten"

Gibt es in den grünen (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Systemen ideologisch und politisch relevante Nachfolgeströmungen, die sich auf die vorne bei der Konservativen Revolution für die Entwicklung des NS-Regimes relevanten Positionen beziehen und diese wiederum beleben?

Das folgende Zitat³³ zeigt deutlich, dass sich auch in den neuen demokratischen grünen (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Systemen dieses Gedankengut neuerdings etabliert hat:³⁴

"Angesichts der Defizite der genannten Definitionsversuche bedarf es einer Begriffsbestimmung³⁵, die sowohl demokratie- als auch ideologietheoretisch trennscharf genug ist, um ein klareres Raster zur Erfassung eines politischen Phänomens zu liefern. Ein wichtiger Ansatz, um hier weiterzukommen, ist das politische Selbstverständnis der sich selbst als 'Neue Rechte' verstehenden Rechtsextremisten: Sie verstehen sich als gegenwärtige Anhänger der 'Konservativen Revolution' der Weimarer Republik. (...) 'Neue Rechte' ist demnach eine Bezeichnung für eine bestimmte Ideologievariante des Rechtsextremismus, die sich aus heutiger Sicht an das Gedankengut der 'Konservativen Revolution' anlehnt, also an jene Intellektuellen, die als Vertreter eines 'antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik' (Sontheimer 1962) gelten."³⁶

Der Begriff "Konservative Revolution" dürfte aber nicht im weiten Sinne Mohlers verstanden werden, sondern müsste auf die Gruppe der "Jungkonservativen" eingeschränkt werden, mit welcher Gemeinsamkeiten bestünden.

"Dazu gehört über die Gegnerschaft zum politischen Liberalismus und zum politischen System von Weimar hinaus der Anspruch, diese durch einen – so das Selbstverständnis – revolutionären geistigen Akt zu überwinden, um dadurch gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die dann erst konserviert werden könnten. Politisches Ziel war ein neues Reich, das als autoritär-cäsaristischer Staat ähnlich dem System des italienischen Faschismus konzipiert sein sollte. (...) Über den antidemokratischen Charakter der 'Konservativen Revolution' besteht weitgehender Konsens. Selbst ein späterer Anhänger dieser Intellektuellengruppe wie Armin Mohler sprach von den 'Trotzkisten des Nationalsozialismus' (Mohler 1989: 4), womit sowohl die grundsätzliche politische Nähe wie lagerinterne Distanz zwischen beiden politisch-geistigen Strömungen in eine erkenntnisfördernde Metapher

32 In diesem Zusammenhang sei auf folgende Richtlinien der EU hingewiesen: a) Richtlinie des Rates zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf KOM(1999) 565 und b) Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft. Dies sind im Sinne der Grundideen wohl erst rudimentäre Ansätze, die derzeit überdies nur für die Unionsbürger, nicht auch für die Drittstaatsangehörigen innerhalb der EU Geltung besitzen sollen.

33 Pfahl-Traugher in Gessenharter/Fröchling (Opladen 1998).

34 Im Jahre 2000 zeigen sich vor allem in der BRD zusätzlich erhebliche Probleme mit rechtsextremen, gewalttätigen jugendlichen Gruppierungen und der Parteiszene der extremen Rechten.

35 Gemeint ist eine Begriffsbestimmung der "Neuen Rechten".

36 Der Leser sei an die Ausführungen über die Konservative Revolution in einem früheren Kapitel erinnert.

verpackt wurde. *Gemeinsam war ihnen die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates der Weimarer Republik und der politischen Wertvorstellungen des Individualismus, der Menschenrechte, des Parlamentarismus und des Pluralismus*³⁷ sowie die Forderung nach Schaffung eines auf Basis der Volksgemeinschafts-Ideologie erwachsenden, autoritär von einer Führergestalt geleiteten neuen Reiches. Abgelehnt wurde von der sich elitär verstehenden 'Konservativen Revolution' die populistische Orientierung an den 'Massen', ein sozialrevolutionäres Pathos sowie der biologistische Rassismus einerseits und die ideologische Grobschlächtigkeit der Nationalsozialisten, das zügellose öffentliche Agieren von Parteiaktivisten und die Unzulänglichkeit führender NS-Funktionäre andererseits."

Darüber hinaus bezieht sich die "Neue Rechte" positiv auf Autoren, die als intellektuelle Sympathisanten und Wegbereiter des italienischen Faschismus gelten können (z. B. Roberto Michels, Gaetano Mosca, Vilfredo Pareto, Julius Evola, Georges Sorel).

"Das Politikerverständnis der 'Neuen Rechten' ist formalistisch und nicht normativ geprägt, d.h. man orientiert sich an Entscheidungs- und nicht an Legitimationsprozessen. Der Diskurs dieser geistigen Strömung zeigt sich dann auch fasziniert vom souverän entscheidenden könnenden Politiker, wobei immer wieder geistige Anklänge an die Vertreter des Deziisionismus aus der Weimarer Republik feststellbar sind: Martin Heidegger, Ernst Jünger und Carl Schmitt. *Nicht Diskussion, Konsens oder Werte* bilden die Orientierungsfaktoren für politisches Handeln, sondern die willkürliche, nicht normgebundene Machtentscheidung. Letztendlich läuft ein solches Politikerverständnis auf eine *autoritäre Staatskonzeption* hinaus. (...) Dem Autor gilt darin der Normativismus als reiner Ausdruck der Herrschaftslegitimation. Ganz im Sinne von Carl Schmitt sieht Kunze in politischen Begriffen lediglich säkularisierte theologische Begriffe und *lehnt die Gültigkeit universeller Werte als quasireligiösen Ausdruck ab. Konsequenz dieser Einstellung ist dann auch die Ablehnung der Menschenrechte als individualistisch geprägt, naturrechtlich begründet und universell gültig*. Rechte werden rein funktionalistisch im machtpolitischen Sinne gedeutet. (...) Als inhaltliche Konsequenz aus dieser Auffassung lehnen die Vertreter der 'Neuen Rechten' denn auch den *politischen Liberalismus*, nicht verstanden als Programm einer Partei, *sondern als theoretische Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates ab*. (...) Das Individualismus-Prinzip als Ausdruck von Liberalismus und Moderne wird auch für gesellschaftliche Phänomene wie Depressionen, Identitätskrisen, Trennungen oder Vereinzlungen pauschal verantwortlich gemacht und dabei abgelehnt. Alain de Benoist, Cheftheoretiker der französischen 'Neuen Rechten', schreibt ebenfalls in der 'Jungen Freiheit': 'Es sieht so aus, als ob die schleichende Auflösung organischer Strukturen, die seit zwei Jahrhunderten stattfindet, und zwar in einem Rhythmus, der immer deutlicher wurde, und unterhalten von der liberalen Ideologie, ihren Höhepunkt erreicht hätte. ... Die Moderne beschwört den *Triumph der Subjektivität, das heißt die Diktatur des Individuums an sich und das Verschwinden gemeinsamer Werte*.' Hier wird in bekannter Manier der Individualismus gegen den Kollektivismus ausgespielt, wobei die Orientierung an der (Volks-)Gemeinschafts-Ideologie über Formulierungen wie 'organische Strukturen' ideologisch verdeckt wird."

Wir begegnen hier wiederum der rückwärtsgewandten Interpretation der evolutionslogischen Entwicklung zunehmender Differenzierung in allen Bereichen des (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Systems. Die liberalisierende und individualisierende Differenzierung als solche ist nicht Verfall, sondern Produkt bestimmter Evolutionsstufen im II. Hauptlebensalter. Sie wird erst dann gefährlich und evolutionslogisch bedenklich, wenn über dieses Stadium nicht in Phasen der Synthese und Integration "nach vorne" weiter vorangeschritten wird.³⁸

Auch beim Demokratiebegriff und der Funktion der Parteien bestehen deutliche Unterschiede zum üblichen Verständnis.

Es wird mit Sicherheit nicht schwer fallen, die minoritätenpolitischen Parameter dieser Richtungen und damit auch ihre Tendenzen hinsichtlich des Antisemitismus auszumachen. Unsere Arbeit vermag darzulegen, dass eine Belebung derartiger Ideologien als Fundus des Antisemitismus für eine harmonisierendere und integrativere gesellschaftliche und politische

37 Hervorhebungen durch den Autor.

38 Näheres vgl. im Buch des Autors: "Die Aufklärung der Aufklärer" sowie im Kapitel über die Evolutionsgesetze am Schluss dieses Buches.

Sicherung jüdischer Bürger ebenso eine Gefahr darstellt wie die faktischen Aggressionen durch radikale Aktionsgruppen.

Aus Sicht des hier vorgelegten universalen Humanismus erweisen sich derartige Konzepte in ihrer Ablehnung der Optimierung der Individualentfaltung, des Pluralismus und vor allem der Anerkennung allgemeiner Menschenrechte als gefährliche Beschränkungen der Evolution. Hinsichtlich der allgemeinen Menschenrechte ergibt sich aus den hier skizzierten Grundlagen das evolutive Gebot einer beträchtlichen Ausweitung derselben im Sinne neuer Rationalitätsstrukturen (z. B. der Herstellung materieller Rechtsgleichheit usw.). Weder autoritäre und totalitäre Regierungsformen der Rechten noch solche der Linken dürfen zur Erreichung "besserer" Gesellschaftsformationen eingesetzt werden. Umgekehrt können liberal-demokratisch pluralistische Strukturen *allein* natürlich keine vollendeten Rechts- und Politstrukturen im Sinne des neuen Universalismus erreichen, wenn nicht die demokratischen Parteien und Kräfte in ihren *inhalt-lichen Konzepten* auf einen solchen Zustand hinarbeiten.

Die in unserem Buch "Die Aufklärung der Aufklärer" entwickelten universalistischen Ansätze weisen darauf hin, wo evolutionslogisch die Mangelhaftigkeiten und Verzerrungen rechter ebenso wie linker Ideologien liegen. Gesellschaften können noch lange durch im System ausgetragene Konflikte zwischen linken und rechten Ansätzen oder durch die Bedrohung der Ansätze einer Seite geprägt bleiben. Auch die Verflachung und Verwässerung derartiger Konfliktstrukturen, wodurch die destabilisierenden Potentiale von Ideologien abgeschwächt werden, vermögen eine Gesellschaftsformation nicht über ein bestimmtes evolutives Niveau hinauszubringen. Dazu sind neuere, im letzten Teil skizzierte Grundsätze in die Gesellschaften einzuführen. Es wird daher in unserer Analyse nicht die Rechte aus dem Blickwinkel der Linken und nicht die Linke aus dem Blickwinkel der Rechten betrachtet, sondern beide werden aus einem evolutionslogisch neuen Gesichtspunkt beurteilt. Zu beiden besteht eine kritische Distanz.

Neuer Antisemitismus der Linken

Auch im linken Spektrum sind jene extremen Strömungen zu beachten, welche insbesondere hinsichtlich der Durchsetzung ihrer Vorstellungen sozialistischer, antikapitalistischer, antifaschistischer ideologischer Ziele die politischen Mittel des demokratischen Verfassungsstaates sowie die Wahrung der bereits bestehenden universalistisch fundierten Menschenrechtsstandards – *mit entsprechendem Niveau des Minoritätenschutzes* – etwa zu Gunsten einer Betonung kollektivistischer Organisationsprinzipien im politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich offen oder implizite ablehnen. Auch hier ist nach den Niveaus der rechtlichen und politischen Vorgaben im Minderheitenschutz zu fragen und genau zu prüfen, inwieweit in diesen Richtungen tradierte oder neue antisemitische Vorgaben als Theorie oder auch nur als instrumentalisierendes pragmatisches Mittel der Machtpolitik eine Rolle spielen.

Da unser Ansatz seine kritischen evolutiven Potentiale sowohl gegen rechte als auch gegen linke Ansätze richtet, lässt er sich auch von keiner Seite vereinnahmen.

Antisemitismus der antizionistischen Linken?

Wir erwähnten bereits im historischen Atlas den Antisemitismus der Sozialdemokratie in der Ersten Republik. Margit Reiter verfasste die erste gründliche Studie über antisemitische Tendenzen der Linken in der Zweiten Republik. Sie folgert: Man dürfe weder die

antisemitischen Traditionen der traditionellen Linken vor der Schoah direkt nivellierend neben den nationalsozialistischen Antisemitismus stellen, noch direkte Analogieschlüsse von der traditionellen Linken auf die Linke nach 1945 ziehen. Das Problem des Antisemitismus stelle sich nach Auschwitz durch das Wissen um die Realisierung der planmäßig durchgeführten Massenvernichtung des Großteils des europäischen Judentums verändert dar. "Der Begriff Antisemitismus hat sich um eine wesentliche Dimension, die Dimension der Schoah, erweitert, wodurch auch die Bewertung aller vorausgehenden und nachfolgenden Formen des Antisemitismus erheblich betroffen ist."

Dem Antisemitismus waren nach Reiter antizionistische Teile der Linken ausgesetzt. "Dies bereits in den 70er Jahren am Höhepunkt des antizionistischen Engagements, vor allem aber während der Libanoninvasion von 1982 und vereinzelt auch noch vor, während und nach dem Golfkrieg, wo der Antizionismus allerdings zu einem abklingenden Phänomen werden sollte. (...) Die antizionistische Linke wollte ihre Kritik an Israel ausschließlich als ideologisch begründbare und berechtigte Kritik an der Politik eines Staates verstanden wissen und keinerlei Zusammenhang zur nationalsozialistischen Vergangenheit und zum Antisemitismus sehen. Vielmehr erschien ihnen die Verbindung von Linkssein und Antisemitismus aufgrund ihres politischen 'antifaschistischen' Selbstverständnisses und ihrer historischen Entwicklung als ein Paradox. Die kategorische Feststellung, dass es 'linken Antisemitismus' nicht geben könnte, wurde mit dem Fehlen eines geschlossenen linken Antisemitismus-Ideologengebäudes und mit der Tatsache, dass Antisemitismus grundsätzlich 'reaktionär' wäre, begründet. Anderweitige Behauptungen galten als Produkt der 'zionistischen und antisowjetischen Propaganda', die lediglich das Ziel hätten, von der proimperialistischen und reaktionären Politik Israels abzulenken." Nach Reiter ist weder die Identitätsthese von Antizionismus und Antisemitismus noch die Leugnung eines wie immer gearteten Zusammenhangs zwischen den beiden Phänomenen haltbar.

Will man den Antisemitismus der Linken in der Nachkriegszeit beurteilen, so hätte man primär von den Formen des "nachfaschistischen" Antisemitismus in Österreich auszugehen, der auch die Sozialisation der Linken prägte. Da ein "bekennender Antisemitismus" nach Auschwitz unmöglich wurde, entwickelte sich ein "Antisemitismus ohne Antisemiten" als ein "Massenvorurteil ohne Legitimation, ohne öffentliches Subjekt, ohne propagandistische Träger, ohne das Selbstbewußtsein und das Selbstverständnis einer 'Ideologie'" (Marin). In Österreich hätte sich nach Reiter, nicht wie in der BRD, eine philosemitische (Gedenk)Kultur herausgebildet. Sie meint, dass sich aus den von uns ausführlich geschilderten Traditionen der antijudaistischen Kulturmerkmale "Antisemitismen" als Reste erhalten hätten, die erforderlichenfalls reaktiviert und politisch instrumentalisiert werden könnten. Sie lebten in Form *latenter* Dispositionen und Ressourcen fort. Auch der österreichischen Linken seien derartige internalisierte antisemitische Vorurteile und Ressentiments nicht fremd, wenn sich auch bei Auswertung der empirischen Antisemitismusforschung die Wähler der linken Parteien (SPÖ und KPÖ) als am wenigsten antisemitisch erweisen.

Reiter geht auf den "sekundären Antisemitismus" ein, der in den Tätergesellschaften aus der Verantwortung gegenüber den Opfern entstanden sei: "Aus der Diskrepanz zwischen dem Wunsch zu vergessen bzw. nicht erinnert zu werden und der beständigen Konfrontation mit den deutschen Verbrechen ergibt sich ein neues Vorurteilsmotiv, das sich zum Teil in Form revitalisierter traditioneller Vorwürfe an die Juden äußert" (Bergmann). Kurz gesagt: "Antisemitismus gibt es nicht *trotz*, sondern *wegen 'Auschwitz'*" (Bergmann).

Als Mittel der Schuldabwehr fungieren nach Reiter unter anderem "die selektive Wahrnehmung historischer Fakten, die Infragestellung und Umkehrung der 'Schuldfrage', die

Ablehnung von 'Wiedergutmachungs'-Ansprüchen, die Forderung nach einem 'Schlußstrich', das Vergleichen und Gleichsetzen der Shoah mit anderen Verbrechen zum Zweck der Relativierung und Aufrechnung."

Es handelt sich daher um einen *defensiven* Antisemitismus, der geradezu verhindert, dass zwischen den Tätergesellschaften und den jüdischen Opfergruppen und -gesellschaften eine allmähliche Annäherung erfolgt, die letztlich wiederum das Entstehen vertrauensvoller Beziehungen ermöglichen könnte. So stehen einander immer noch "der kategorische Imperativ des Wachhaltens der Erinnerung auf der jüdischen Seite und das weitverbreitete Bedürfnis nach dem Vergessen und einem Schlußstrich in den Tätergesellschaften gegenüber".

Reiter erarbeitet dann wertvolle Differenzierungen in der Frage, ab wann und in welchem Konnex antizionistische Positionen auch als Antisemitismus zu gelten hätten. Hier sei insbesondere die Frage relevant, wann und in welchem Konnex die hohen politisch-moralischen Ansprüche, die man an Israel stellt, zur Schuldabwehr und Schuldentlastung dienen und damit ein Zusammenhang mit Antisemitismen hergestellt werden könnte. "Nicht selten wird eine negative Beurteilung zur moralischen Aufrechnung, zur Relativierung der jüdisch-israelischen Kritik an den 'Tätern' und infolgedessen zur eigenen Entlastung eingesetzt" (Reiter). Die antizionistische Linke hat auch in Österreich u. a. Bezüge zwischen dem Verhalten Israels und dem Nationalsozialismus hergestellt und auch den Vorwurf der Instrumentalisierung des Holocaust für politische Zwecke, etwa zur Abwehr jeder Israel-Kritik, seitens Israel zum Ausdruck gebracht.³⁹

Der Antisemitismus der Parteien in der Mitte

Die demokratischen Parteien im Zentrum des politischen Spektrums halten sich für gezwungen, auf diesen latenten Antisemitismus in den verschiedenen Schichten der Gesellschaft im Rahmen ihres politischen Handelns und in ihren Wahlstrategien Rücksicht zu nehmen. Es besteht ein latenter *Rechtsdruck* auf die Zentrumsparteien. Die sozialistischen und demokratisch linken Gewerkschaften sowie sonstigen Arbeitnehmerorganisationen fühlen sich als Repräsentanten der heimischen Schichten der Fach- und Hilfsarbeiter sowie der Angestellten ebenso wie konservativ-christlich politische Kräfte gezwungen, die in ihrem Konzepten enthaltenen universalistischen und internationalistischen Humanitätskonzepte im Rahmen ihrer Interessenvertretung erheblich zu reduzieren.

Dies führt in allen demokratischen Hochlohnländern zur Erhaltung, unter Umständen auch zur Verstärkung *latenten Rassismus und Antisemitismus*, auf welchen das Gros der Zentrumsparteien Rücksicht nimmt. Diese Tendenzen wiederum erschweren eine evolutive Weiterbildung universalistischer Humanitätskonzepte im Rahmen der politischen Spielregeln der Demokratie. Diese Probleme bestehen daher auch beim Überwindungsversuch des auch heute noch bestehenden Anti-semitismus, z. B. in der Restitutionsproblematik. Ein

³⁹ Auch Ruth Beckermann schreibt, sich von dieser Linken distanzierend: "Wir merkten nicht, daß es den linken Genossen genauso schwer fiel, das Wort *Jude* auszusprechen, wie einst den Schulkollegen. Erst als es ihnen plötzlich ganz leicht fiel, über Juden zu sprechen, erst als sie begannen, das Schicksal der Juden als Metapher für sämtliche Verfolgungen zu benutzen, wurden wir hellhörig. Die Schwarzen in Südafrika, die Bäume, die Frauen wurden *Juden*, besonders aber die Palästinenser. Sie wurden die *Juden der Juden*. Sehr deutlich trat der Antisemitismus im neuen Gewand des Antizionismus auf. Sehr deutlich diente die Solidarität mit den Palästinensern vor allem der Entlastung. Wieder begann ein verschlüsseltes Aufrechnungsspiel nach der perversen Logik, wenn einer Böses tut, kann das Böse, das ihm angetan wurde, nicht so unberechtigt gewesen sein."

zusätzliches pragmatisches Problem besteht darin, dass die Erhöhung der Toleranzniveaus überwiegend von Gesellschaftsschichten erwartet werden müsste, die selbst innerhalb der Gesellschaft schwerem Diskriminierungsdruck ausgesetzt sind.

Diese Umklammerung ist einer der wichtigsten Faktoren dafür, dass sich die Kluft zwischen der Majorität und den jüdischen Bürgern in den österreichischen und deutschen Systemen weiterhin nicht schließt.

Zusammenfassung

Aus dem Ansatz, dessen Grundzüge der letzte Teil enthält, ergibt sich, wie bereits oben dargelegt, dass die kritischen evolutiven Potentiale unserer Arbeit sich sowohl gegen rechte als auch gegen linke und grüne politische Ansätze richten, denen im neuen politischen und rechtlichen Universalrahmen lediglich teilirrig, einseitige Partialität zukommt. So ist auch der Kampf politischer Doktrinen eine Auseinandersetzung zwischen jeweils anders teilirrig Partial-Rationalitäten, die erst durch ihre Integration in die Grundsätze der absoluten Essentialität ihre jeweiligen Mängel beheben können.

Dies gilt für die in den jeweiligen politischen Strömungen enthaltenen

- theoretischen Grundlagen und Ziele,
- ihre Evolutionstheorie der Gesellschaften,
- die Parameter der Idee einer perfekten Gesellschaft und vor allem
- die Theorie bezüglich der Mittel zur Erreichung dieser politischen Ziele sowie
- die Theorien über die Beseitigung von Rassismus und darin des Antisemitismus in den Gesellschaften.

Alle diese Positionen sind für alle Parteien und auch für die Summe aller ihrer inhaltlichen Auseinandersetzungen, polemischen und bewaffneten Kämpfe in Parlamenten, Medien usw. als der Geschichtsbegriff anzusetzen. Alle können sich einzeln und in Zusammenarbeit auf die Ziele der Ideen hin, die in der absoluten Essentialität abgeleitet sind, verändern.

Privates und öffentliches Gewissen – Die Walser-Bubis-Debatte

"Bei uns heißt es immer noch: Deutsche *und* Juden. Als ob die Juden keine Deutschen wären. Ich habe in den Ländern, die ihre Juden gerettet haben, und das waren in Europa immerhin 7 Länder, oft den Satz gehört: 'Wir lassen uns doch unsere Juden nicht wegnehmen.' *Unsere* Juden. Schöner Satz. Aber gilt er bei uns? Sind unsere Juden wirklich *unsere* Juden?"

Lea Rosh

Neben anderen Gelegenheiten, bei denen die Problematik der deutschen und österreichischen Geschichtsbetrachtung aktuell wurde, bildet die Walser-Bubis-Kontroverse ein Modellbeispiel für die problematische Spannung zwischen dem Geschichtsbild der Majorität, welche eine Minorität durch zwei Jahrtausende in die Dunkelheit trieb, und dem Geschichtsbild der gedemütigten, verstörten und der Vernichtung anheim gefallenen Minorität.

Wir wollen versuchen, die Lage mit einer Metapher klar zu machen.

Auf einer Insel wohnte ein Volk. Durch Jahrtausende knechtete und erniedrigte es die Angehörigen einer Gruppe, die nach seiner Einschätzung anders war. Es drängte die fremde Gruppe, obwohl diese immer wieder versuchte, auch in den Kreis aufgenommen zu werden, in die Dunkelheit und Kälte des Randes. Diese Feindschaft wurde immer aufrechterhalten, lebendig gehalten und führte in einem letzten Schritt, in welchem das Volk sich immer mehr in die Feindschaft gegen die Gruppe hineinsteigerte, zu einem Vernichtungsfeldzug, welcher in seinen brutalen Ausmaßen zur Sprengung der dunklen Ränder des Eilands führte. Tausende "Fremde" kamen im Meer um, Tausende flohen auf den Schollen der abgespaltenen Reste ins Meer. Tausende suchten nach anderen Inseln.

Die Rauchschwaden von Vernichtung und Grauen verzogen sich. Das Volk auf dem Eiland kehrte zu *seiner* Normalität zurück. Man fragte nicht nach dem Schicksal der anderen. Man tat, als hätte es die anderen nicht gegeben, als wären nicht Stücke des Eilands abgebrochen, als hätte man nicht Stücke desselben in Besitz genommen, als wären nicht Millionen ermordet worden, verschwunden, ertrunken, unter unsäglichen Qualen weitere auf den Schollen im Meer getrieben, ohne Halt an andere Eilande gespült. Als hätten sie nicht Kinder geboren, denen sie nicht sagten, welcher Herkunft sie seien, durch welche Grauen sie gegangen. Sie lebten im Meere schwimmend oder angespült auf anderen Inseln wiederum in Düsternis. Sie schämten sich ihrer eigenen Klage, sie haderten untereinander, wer mehr Leid ertragen hätte, sie schufen Skalen der Hierarchie des erlittenen Leids. Sie sagten ihren Kindern, dass diese nicht ermessen könnten, was ihre Eltern durchgemacht hätten. Sie schämten sich ihres eigenen Überlebens, während doch ihre Angehörigen im Meer umgekommen seien. Die Kinder lebten in Spaltung, an den Rändern der Nacht, an den Rändern der Seelen ihrer Eltern, beladen mit der Mühsal und den Traumen des Erbes.

"Meistens gehe ich frühmorgens eine Liste möglicher Schicksalsschläge durch. Krankheiten, die uns befallen könnten, Unglücke, die uns zustoßen könnten. Ich habe eine Liste von Tests und Immunisierungen und Untersuchungen ab, die wir machen sollten, um jedem Unheil so weit wie möglich vorzubeugen. Wenn ich mit all dem fertig bin, bin ich erschöpft.

Ich bin mit dem Tod aufgewachsen. Die Toten waren überall um mich herum. Sie waren greifbar. Sie kamen mir lebendiger vor als die Lebenden. Die Toten waren die Mutter und der Vater meiner Mutter, ihre vier Brüder und drei Schwestern. Ihre Neffen und Nichten, Onkel und Tanten, Vettern und Cousinen, Schwager und Schwägerinnen. Die Toten waren die Mutter und der Vater meines Vaters, seine Schwester und seine drei Brüder. Seine Neffen und Nichten, seine Onkel und Tanten, Vettern und Cousinen, Schwager und Schwägerinnen.

Es gab so viele Tote. Das kleine Zimmer in Brunswick, in dem wir lebten, war überfüllt von ihnen. Sie kamen mit uns, als wir in das kleine Häuschen in der Nicholson Street in Carlton übersiedelten. Und sie blieben bei uns, als wir, auf dem Weg in eine bessere Zukunft, in das Haus zogen, das mein Vater in St. Kilda baute, als ich dreizehn war.

Ich weiß noch, daß ich mich fragte, ob sie die salzige Luft von St. Kilda bevorzugen oder ob ihnen Carlton mit seinem jiddischen Straßenleben fehlen würde. Ich hielt die toten Verwandten für lebend. Ich hielt sie für greifbar. Und ich wußte, daß sie es nicht waren. Ich hielt sie für gegenwärtig. Und ich wußte, daß sie fort waren. Ich glaubte, meine Mutter spricht mit ihnen. Und ich wußte, daß sie mit sich selbst sprach.

Ich kam mir schlecht vor, weil ich lebte und sie tot sein mußten. Ich wußte, daß sie lieber gelebt hätten. Ich hätte mein Leben gegen ihren Tod getauscht. Ich wußte, daß sie das Leben mehr verdienten als ich. Denn sie waren gut gewesen. Sie hatten nichts getan, um dieses Schicksal zu verdienen. Und ich war schlecht. Ich hatte nichts getan, um mein Leben zu verdienen. Ich stahl, ich fälschte Unterschriften, ich war eine Ladendiebin. Es war mir klar, daß ich für das Leben, das ich geschenkt bekommen hatte, nicht dankbar genug war. Ich war gierig. Ich wollte immer noch mehr. Und zwar mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln.

Wegen meines schlechten Betragens fühlte ich mich von den Toten getrennt. Und ich fühlte mich mit ihnen verbunden durch Gene und Schicksal. Sie waren Teil meines Herzens, meiner Lunge, meiner Adern. Ich mußte

für sie leben. Ein Leben, das ihnen allen gerecht wurde. Es war eine ungeheure, überwältigende und unmögliche Aufgabe. Ich war mir meines Versagens voll bewußt.

Ich hatte die Toten mit ihren seltsamen Namen – Luba, Israel, Szymek, Abramek, Jacob, Felek, Bluma, Esther, Hanka, Dvoira, Riven, Tadek, Shimek, Edek – stets bei mir. Wenn ich hinfiel und mir weh tat, wußte ich, daß es nicht schlimmer sein konnte als das, was Tadek oder Felek erlebt haben mußten. Wenn jemand gemein zu mir war, dann verblaßte diese Gemeinheit gegenüber der Grausamkeit, die Riven oder Abramek erfahren haben mußten. Wenn ich mich einsam fühlte, dann war meine Einsamkeit gar nichts, gemessen an der Einsamkeit der Toten. Wenn ich unglücklich war, dann war mein Unglück lächerlich angesichts ihres Unglücks. Wenn ich traurig war, dann wurde meine Traurigkeit von ihrer Qual in den Schatten gestellt.

Also kapselte ich all meinen Schmerz und meine Verwirrung ein, all meine Angst und Traurigkeit. Ich war ein unablässig fröhliches Kind. Ich lachte viel und brachte andere zum Lachen. Ich war zu beschäftigt, um Angst zu haben, und zu verängstigt, um wütend zu sein. Ich lachte so heftig, daß all meine Tränen versiegeten. Ich konnte jahrzehntelang nicht weinen.

Selbstverständlich fiel alles auseinander, als ich dieses Selbstverständnis verlor. Ich zerbrach fast. Ich hatte jedes nur vorstellbare Angst-Symptom. Nachdem die Symptome begannen, konnte ich jahrelang nicht mehr lachen.

Ich fing an, mein eigenes Leid zu leben. Mein eigenes, bewußtes Leid. Ich war dabei, mich den Toten in einem nur halb gelebten Leben anzuschließen, und ich sollte Jahre brauchen, mich daraus zu befreien. Ich hatte Angst vor allem und jedem. Angst, spazieren zu gehen. Angst, Auto zu fahren. Angst, laut zu reden. Angst zu niesen. Angst zu weinen. Ich war versteinert. Ich hatte mich endlich geschlagen gegeben. Der Preis für die Lebendigkeit war zu hoch geworden. Es war ein Preis, den ich von mir selbst gefordert hatte.

Mein Leiden und meine Kämpfe waren nur schwache Ausläufer, kleine Wellen, winzige Nachbeben des ungeheuren Grauens, das Tadek, Moniek, Fela, Hanka, Jacob, Rooshka, Luba, Israel und all die anderen Juden hatten erdulden müssen. In gewisser Weise fühlte ich mich geborgen in meinem Unglück. Endlich litt ich. Jetzt war ich in den Toten verankert, sogar noch stärker als vorher.

Meine Mutter konnte sich nicht genug verankert fühlen. Sie konnte allen, die sie so liebte, nicht nahe genug sein; ihrem Israel und ihrer Luba, ihrem Szymek, Abramek, Jacob, Felek, ihrer Bluma, ihrer Hanka und ihrer Esther. Und sie konnte sich nicht lösen.

Für sie konnte es nicht genug Beerdigungen geben. Sie ging zu den Beerdigungen von guten Freunden und zu denen von entfernten Bekannten. Es war ihr Versuch, einen Ausgleich zu schaffen für all die Toten, die sie nicht hatte begraben können. Die Toten, die in Gruben geworfen und von Bulldozern mit Erde bedeckt worden waren, die Toten, die vergast und dann verbrannt worden waren und deren Asche die Weichsel erstickte.

Meine Mutter wußte nicht, wie ihre Brüder und zwei ihrer Schwestern gestorben waren. Sie wußte nicht, wo sie gestorben waren. Sie wußte nicht, wie ihr Vater gestorben war. Sie hatte ihre Mutter und ihre Nichte Hand in Hand in die Gaskammern von Auschwitz gehen sehen. Doch sie war sich niemals sicher, was mit ihren Leichen geschehen war.

Für die Juden ist das Begräbnis ein Pflichtdienst an allen, an Verbrechern, Selbstmördern und Feinden. Der Tote wird gewaschen und bewacht, bis er in die Erde kommt. Das Begräbnis geht rasch und schlicht vonstatten. Meine Mutter wußte, daß niemand die Leichname ihrer Mutter und ihres Vaters, ihrer Brüder und Schwestern gewaschen hatte. Sie wußte, daß es für sie keine Totenwache gegeben hatte. Sie war sich nicht sicher, wie sie in die Erde gekommen waren. Also wollte sie sichergehen, da zu sein, um die zu begraben, die begraben werden mußten. Wenn meine Mutter zu einer Beerdigung ging, dann begrub sie ihre Mutter und ihren Vater und ihre Neffen und Nichten. Sie begrub alle, die sie geliebt hatte."⁴⁰

In Wellen des Widerstandes wehrte sich das Volk, an *diese* Vergangenheit erinnert zu werden. Die Konfrontation mit dem Schicksal der anderen, mit *deren* Vergangenheit, wurde letztlich als Bedrohung der persönlichen und sozialen Identität, als Verlassen des neu konstruierten nationalen Konsenses, als Störung psychischer und sozialer Balance, als Vereinnahmung des persönlichen Gewissens empfunden (nichts sei dem Gewissen fremder als Symbolik). Daraus versuchte man, Vorteil zu schlagen oder das Problem zu missbrauchen oder zu manipulieren,

40 Zitiert aus Brett 1999.

als Verewigung der Schande, gar als Instrumentalisierung des Grauens, deren Opfer man nun sei. Opfer der eigenen Verbrechen, die einem von den Opfern vorgehalten werden. Man monierte die Verletzbarkeit, das Ende der Demut sei angebracht, um als Nation ein bestimmtes Selbstbewusstsein wiederzuerlangen. Durch das Aufzwingen eines Brandmals durch diese Vergangenheit, durch die Anmaßung, Vorwürfe machen zu dürfen, durch das Herbeireden des Unterschiedes zwischen den unterschiedlichen Vergangenheiten zwischen Opfer und Täter würde man neuerlich die Feindschaft gegen die Gruppe der anderen schüren. Der Einbruch der Erinnerung der Opfer in das gesellschaftliche Bewusstsein wird auch als eine Anwesenheit der Vergangenheit verstanden, über die das Volk nicht Herr ist. Die Abwehr der Vergangenheit der Opfer soll mehrheitsfähig sein.

Wie weit war man von einer liebevollen Vereinigung der beiden Vergangenheiten entfernt, wie weit von einer gemeinsamen Zukunft? Nicht einmal das gemeinsame Gedenken von Opfer- und Täternachkommen scheint möglich.

Von dieser Metapher zur historischen Realität, wie sie Klotz 1999 darstellt.⁴¹

"Die 'Sonntagsrede' Martin Walsers, aus Anlass der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels am 11. Oktober 1998, löste einen heftigen Streit über zwei Hauptfragen der deutschen Gegenwart aus: Welche Stellung hat der Nationalsozialismus mit allen seinen Verbrechen in der deutschen Geschichte und welche Stellung soll diese Vergangenheit im Bewusstsein der Deutschen heute und in Zukunft einnehmen?"

Darüber hinaus verband sich mit dem Streit die Frage nach einer neuen Sprache der Erinnerung, um 'die Vorstellung vom Nazismus als Manifestation des *radikalen Bösen* in der Geschichte'⁴² und damit seine Einzigartigkeit – mit *Auschwitz* als zentraler Metapher – im Gedächtnis zu bewahren.

Hintergrund all dieser Punkte ist die Frage nach dem Stellenwert der Geschichte überhaupt, nach ihrer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft.

Die Kontroverse über die Rede Walsers wurde lange Zeit ohne den 'Sonntagsredner' geführt. Sie begann mit der Reaktion von Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Walsers Rede als 'geistige Brandstiftung' bezeichnete und sie mit den geschichtsrevisionistischen Äußerungen der extremen Rechte verglich.

Bubis faßte seine Kritik an Walser in seiner Gedenkrede an die Pogromnacht vom 9. November 1938 in Nazi-Deutschland noch einmal zusammen: *'Die Gesellschaft ist gefordert: Es kann nicht sein, daß die Bekämpfung des Rassismus und Antisemitismus sowie der Fremdenfeindlichkeit den Juden überlassen wird, während ein Teil der Gesellschaft sich dadurch eher belästigt fühlt.'*

Angesprochen wurde damit genau jener Riß in der deutschen Erinnerungskultur, der durch Walsers Rede und die anschließende Debatte offenbar wurde. Die Erinnerung an die NS-Vergangenheit wird von zunehmenden Teilen der Bevölkerung als störende Last empfunden, und der damit erzeugte Gegenreflex richtet sich vor allem gegen die Opfer und ihre Nachkommen, die nur noch als Personifizierung eines abzuwehrenden Schuldvorwurfs wahrgenommen werden.

Bubis kritisiert also jenen Teil der Deutschen, der mit Walser wegschauen, sein Gewissen befreien und einen Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit ziehen will. Dieses Bedürfnis nach Relativierung der NS-Vergangenheit zieht sich durch die gesamte Geschichte der Bundesrepublik, und auch Bubis verweist hierauf: *'In der Nachkriegszeit gab es einige Versuche, die überwiegend, aber nicht nur, aus rechtsradikalen Kreisen kamen, die Geschichte zu verändern. Es gab Bestrebungen, Auschwitz, das ich hier als Synonym für die Vernichtung*

41 Hervorhebungen durch den Autor.

42 Fußnote von Klotz: Gebt der Erinnerung Namen. Saul Friedländers Dankrede beim Empfang des Geschwister-Scholl-Preises in München am 23. November 1998, in: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 1/99, 122.

*von Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, politisch oder religiös Verfolgten benutze, zu verharmlosen oder gar zu leugnen.*⁴³

Diese Versuche der Relativierung und Historisierung des Nationalsozialismus, der Legendenbildung und Mystifizierungen entwickelten sich zu einer starken geschichtspolitischen Strömung deutscher Vergangenheitsbewältigung und Identität, die im Historikerstreit 1986 ihren bis dahin größten Durchbruch erlebte. Relativierung und Verdrängung der Vergangenheit fanden nun nicht mehr nur am rechten Rand der Gesellschaft statt, sondern kamen aus der Mitte des politischen Raums, vorgetragen von konservativen Historikern und unterstützt von einer konservativen Regierung, die die Nation wieder ins Zentrum des kollektiven Bewußtseins stellen wollte.

Den neuesten Versuch, 'Geschichte zu verdrängen beziehungsweise, die Erinnerung auszulöschen'⁴⁴, hat Martin Walser unternommen. Eine der zentralen Passagen seiner Rede lautet folgendermaßen: *'Jeder kennt unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird. Könnte es sein, daß die Intellektuellen, die sie uns vorhalten, dadurch, daß sie uns die Schande vorhalten, eine Sekunde lang der Illusion verfallen, sie hätten sich, weil sie wieder im grausamen Erinnerungsdienst gearbeitet haben, ein wenig entschuldigt, seien für einen Augenblick sogar näher bei den Opfern als bei den Tätern?'* Deutlich wird hier die Entgegensetzung zwischen denen, die die Erinnerung öffentlich kommunizieren und damit zur 'Vorhaltung' der 'Schande' beitragen, und jenen, die still in dieser 'Schande' leben. Letztere sind es, mit denen Walser sich identifiziert und die über die Gemeinsamkeit der 'Schande' zum nationalen Kollektiv zusammengefaßt werden. Die Schuld-Konstruktion Walsers zielt somit auf die nationale Identität der Deutschen. Auch Walser leidet an dem selbstkonstruierten, der Entlastung dienenden Schuld-Komplex, der es erlaubt, sich selbst als Opfer eben jener Intellektuellen darzustellen, welche die Schande in der deutschen Geschichte zu ihren Zwecken instrumentalisierten: *'Kein Mensch leugnet Auschwitz, kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. Anstatt dankbar zu sein für die unaufhörliche Präsentation unserer Schande, fange ich an wegzuschauen. Ich möchte verstehen, warum in diesem Jahrzehnt die Vergangenheit präsentiert wird wie noch nie zuvor. Wenn ich merke, daß sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuhören, und bin fast froh, wenn ich glaube, entdecken zu können, daß öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken.'* (...) Die von Bubis behauptete 'geistige Brandstiftung' durch Walser liegt unseres Erachtens darin, daß Walser als einer der führenden Schriftsteller der Bundesrepublik und als 'Mann des Wortes' Behauptungen, Begriffe und Anschauungen verwendet, die im Spektrum der Neofaschisten und Rechtsextremisten, der nationalen und neuen Rechten sowie bei den Konservativen beheimatet sind. Mit der Position des angesehenen und respektierten deutschen Schriftstellers ermöglicht Walser eine Leseart dieser Anschauungen, die es dem 'normalen Deutschen' und 'guten Bürgern' erlauben, sich hinter Sprache und Ästhetik der Rede zu verstecken, um damit gefahrlos deren Inhalt und geschichtspolitischen Schlußstrich-Passagen zu übernehmen. Positionen und Ansichten werden so in der Öffentlichkeit akzeptiert, die bisher nur in den Gazetten der neuen und extremen Rechten Verbreitung fanden. Es ist schon frappierend, wie weit sich Walser der Sprache und der Inhalte der sogenannten Neuen Rechten annimmt, deren geschichtspolitisches Ziel eben in der Einebnung der nationalsozialistischen Vergangenheit besteht. 'Faschismuskeule' und 'Gesinnungsterror' sind hier die Schlagwörter, die sich hinter Walsers 'Moralkeule' und seinen 'Meinungssoldaten' gut wiedererkennen lassen. Der sprachlichen Übereinstimmung entspricht die inhaltliche Zielstellung: der von der NS-Vergangenheit befreite Bezug auf die selbstbewußte Nation.⁴⁵ (...) Für Friedländer läge die angestrebte Normalität dagegen in einer Anerkennung der 'unnormalen' Vergangenheit selbst: *'Wäre es nicht historisch und moralisch verständlich und notwendig, daß eine vollkommen normale Gesellschaft einer vollkommen unnormalen Vergangenheit auf außergewöhnliche Weise gedächte? Warum sollte nicht, anders formuliert, eine vollkommen normale Gesellschaft eingedenk dieser ganz ungewöhnlichen Vergangenheit zunächst und vor allem die Opfer ihrer eigenen Politik betrauern?'*⁴⁶

43 Fußnote von Klotz: Beide Zitate: Ignatz Bubis' Rede bei der Berliner Gedenkfeier zum 9. November (Auszüge), in: 'Blätter' 1/99, S 119 f.

44 Fußnote von Klotz: Ebd., 120

45 Fußnote von Klotz: Vgl. Johannes Klotz/Ulrich Schneider (Hg.): Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten, Köln 1997.

46 Fußnote von Klotz: Ebd.

Die Traumen der Überlebenden

Die Traumen der Opfer und ihrer Kinder werden durch folgendes Zitat⁴⁷ illustriert:

""Überleben' nach dem Schrecken des Nationalsozialismus bedeutete für die Opfer: Weiterleben mit dem eben überstandenen Schrecken der Verfolgung und des ihnen angetanen 'Seelenmordes' – William G. Niederland hat dafür den Begriff des 'Überlebenden-Syndroms' geprägt. Die überlebenden Opfer blieben in einem 'pathologischen Trauerprozeß' gefangen, der in ihnen ein endgültiges Gewahrwerden des immensen Verlustes und die dazu gehörende Wut- und Trauerarbeit blockierte. Faktum ist auch, daß nur eine Minderheit der Überlebenden in den Nachkriegsjahren und später psychologische Hilfe und Unterstützung suchte. Für die meisten von ihnen wäre – so der Erklärungsversuch von Sylvie Tryangel – eine derartige 'Veröffentlichung' ihres Leidens (und ihres Leids) gleichbedeutend mit dem posthumen Sieg Hitlers gewesen. Dazu kam die Angst vor immer noch bestehenden Vorurteilen und die immer noch erlebte Stigmatisierung durch die Umgebung. Überlebende, die dennoch eine psychotherapeutische Behandlung (das heißt: eine helfende Aufarbeitung ihrer Leidens-Geschichte) suchten, erhielten oft nicht das, was sie brauchten. Sie mussten permanent erleben, daß der Zusammenhang zwischen ihrer Traumatisierung in der NS-Zeit und ihrer daraus resultierenden seelischen Krankheit von ihrer Umgebung, aber auch den professionellen 'Helfern' ignoriert wurde. Die Therapeuten hingegen stießen bei der Begegnung mit Überlebenden auf eigene Ängste, Entsetzen, Schuldgefühle und Scham. Als erreichbares und wichtiges Ziel der Therapie blieb letzten Endes für die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus nichts anderes als die 'Akzeptanz des Überlebens'.

Eine wesentliche Lebenslegitimation sahen die Überlebenden in der Suche nach einem (neuen) Lebenspartner und der Gründung einer Familie. Die Geburt eines Kindes bedeutete im lebensgeschichtlichen Zusammenhang ehemals Verfolgter etwas ganz Außergewöhnliches:

'Das Kind, welches nach der Verfolgung geboren wurde, symbolisierte, daß das Leben und somit ihre Existenz weiterging. Als Quelle der Lebensbejahung bedeutete es den Sieg über die Verfolger und das den Verfolgten zugedachte Schicksal. Gleichzeitig diente es dazu, die Verstorbenen zu *ersetzen*, wodurch die Illusion eines Zusammenseins mit der Originalfamilie aufrechterhalten und die Anerkennung des erlittenen Verlustes verleugnet werden konnte.'

Die Kinder der Überlebenden bekamen durch ihre Eltern vermittelt, daß ihre Existenz nicht etwas Selbstverständliches sei: 'Hätten die Eltern nicht überlebt, so wären auch sie nicht am Leben.' Ihre Geburt war zugleich auch mit einer besonderen Mission verknüpft, das Leben ihrer Eltern lebenswert zu machen und damit eine Berechtigung zum Leben zu erhalten: Sie sollten für ihre Eltern die 'Brücke zum Leben' sein und als Symbol des Sieges über die Verfolger die traumatischen Erlebnisse ihrer Eltern annullieren.

Kinder Überlebender leiden/litten unter ähnlichen Alpträumen wie ihre Eltern, sie klagten über Ängste in verschiedensten Lebensbereichen, über Sinn- und Zukunftslosigkeit, über Depressionen und Schuldgefühle. Während ihrer Kindheit und auch später unterlagen sie der gleichen Verleugnungsnot wie ihre Eltern und deren Bedürfnis nach Geheimhaltung. Erst in der Adoleszenz konnten sie therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen, da sich erst allmählich Therapeuten bereit fanden, sich mit den Greueln der Verfolgung auseinanderzusetzen."

Vorschläge

Zur Lösung der Frage fehlen weiterhin Konzepte, welche das Verhältnis zum "rechten Ideologegut" universalistisch neu orientieren. Die universalistische Idee der Menschheit macht den Begriff des Volkes, der Nation usw. nicht obsolet, der Internationalismus führt nicht zur Aufhebung des Nationalen, aber alles *einzelnen* Völkische und Nationale sowie der Begriff einer einzelnen Nation haben ihre Berechtigung nur in der Harmonie und Gleichberechtigung aller Völker, deren Lebensbereiche aufeinander zunehmend abgestimmt und in der absoluten Essentialität fundiert sind. Die Idee des Volkes und der Nation soll in den gesellschaftlichen Universalien nicht radikal eliminiert, sondern jenseits des Begriffes der Nation und des Volkes in neuen Gewichtungen balanciert werden.

47 Malina 1993.

Was den Juden angetan wurde und was nach wie vor in einer bedrückenden Schweigezone zwischen Juden und Nichtjuden liegt, kann nur in einer universalistisch orientierten Grundhaltung durch *Integration der beiden Vergangenheiten* in einem neuen System gelöst werden.

Diesbezüglich sind die erkenntnistheoretischen und vor allem sozialphilosophischen Arbeiten Karl Christian Friedrich Krauses (1781 – 1832) richtungsweisend. Vgl. etwa unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Christian_Friedrich_Krause ; <http://www.internetloge.de/krause/krausismo.htm> mit einer Reihe einschlägiger Ansätze und <http://portal.or-om.org/society/UniversaleMenschheit/tabid/6068/Default.aspx> . Ausführlich behandelt wird die Frage auch unter <http://www.peterlang.de/index.cfm?vID=37202&vLang=D&vHR=1&vUR=2&vUUR=1>

Ausgewählte Literatur

- Apel, Karl-Otto: Transformation der Philosophie. Frankfurt am Main 1973.
- Arendt, Hannah: Die Krise des Zionismus. Berlin 1989.
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt am Main 1955.
- Arendt, Hannah: Nach Auschwitz. Essays und Kommentare 1. Berlin 1989.
- Bar On, Dan: Furcht und Hoffnung. Von den Überlebenden zu den Enkeln. Drei Generationen des Holocaust. Hamburg 1998.
- Bauer, Kirsten: 50 Jahre Israel. München 1988.
- Beckermann, Ruth: Unzugehörig. Österreicher und Juden nach 1945. Wien 1989.
- Benedikt, Heinrich: Geschichte der Republik Österreich. Wien 1954.
- Bloch, Erich: Das verlorene Paradies. Ein Leben am Bodensee 1897 – 1939. Sigmaringen 1992.
- Brakerlmann, Günter/Rosowski, Martin (Hg.): Antisemitismus. Göttingen 1989.
- Brett, Lily: Zu sehen. Wien, München 1999.
- Broch, Hermann: Massenpsychologie. Zürich 1959.
- Broch, Hermann: Massenwahntheorie. Frankfurt am Main 1979.
- Bunzl, John/Marin, Bernd: Antisemitismus in Österreich. Innsbruck 1983.
- Carsten, Francis Ludwig: Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler. München 1977.
- Claussen, Detlev: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt am Main 1994.
- Davidowicz, Klaus S.: Kabbalah. Geheime Traditionen im Judentum. Eisenstadt 1999.
- Davy, Ulrike: Die Integration von Einwanderern. Band 1: Rechtliche Regelungen im Europäischen Vergleich. Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. Wien 2000.
- Dethloff, Klaus: Theodor Herzl oder der Moses des Fin de Siecle. Wien, Köln, Graz 1986.
- Dienhofer, Gertraud (Hg.): Wieder gut machen? Enteignung, Zwangsarbeit, Entschädigung, Restitution. Forum Politische Bildung. Innsbruck, Wien 1999.
- Dilacompagne, Christian/Girard, Patrick: Über den Rassismus. Stuttgart 1979.
- Ehalt, Hubert Christian (Hg.): Inszenierung der Gewalt. Kunst und Alltagskultur im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1996.
- Erler, Hans/Koschel, Ansgar (Hg.): Der Dialog zwischen Juden und Christen. Frankfurt, New York 1999.
- Fassmann, Heinz/Matuschek, Helga/Menasse, Elisabeth (Hg.): abgrenzen, ausgrenzen, aufnehmen. Klagenfurt 1999.
- Gamm, Hans-Jochen: Das Judentum. Frankfurt, New York 1979.
- Gilbert, Martin: Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas. Reinbeck bei Hamburg 1982.
- Golomb, Jacob (Hg.): Nietzsche und die jüdische Kultur. Wien 1998.
- Gölpinarli, Abdülbaki: Melamilik ve Melamiler. Istanbul 1931.
- Gombrich, Ernst H.: Jüdische Identität und jüdisches Schicksal. Wien 1997.
- Habermas, Jürgen: Theorie kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main 1981.
- Heckmann, Friedrich: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart 1992.
- Heil, Johannes/Erb, Rainer (Hg.): Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Der Streit um Daniel J. Goldhagen. Frankfurt am Main 1998.
- Ibn`Arabi, Muhji`d-din: Das Buch der Siegelringsteine der Weisheitssprüche. Graz 1970.
- Jochum, Richard: Komplexitätsbewältigungsstrategien in der neueren Philosophie: Michel Serres. Frankfurt am Main 1998.

Karady, Victor: Gewalterfahrung und Utopie. Juden in der europäischen Moderne. Frankfurt am Main 1999.

Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Reinbeck bei Hamburg 1998.

Klotz, Johannes/Wiegel, Gerd (Hg.): Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte. Köln 1999.

Knight, Robert (Hg.): Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen. Wien 2000.

Knorr ab Rosenroth: Kabbalah denudata. Englische Übersetzung von S. L. Mac Gregor Mathers 1887. Reprint: Montana, U.S.A. 1999.

Koelbl, Herlinde: Jüdische Portraits. Frankfurt am Main 1998.

Korte, Hermann/Schäfers, Bernhard: Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen 2000.

Krupp, Michael: Der Talmud. Eine Einführung in die Grundschrift des Judentums. Gütersloh 1995.

Malina, Peter/Spann, Gustav: Bibliographie zur österreichischen Zeitgeschichte 1918 – 1985. Wien 1985.

Malina, Peter: Erinnerung statt Entschuldigung. Für eine neue Gedächtniskultur. Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993.

Miles, Robert: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Hamburg 1999.

Misri, Niyazi: Divani Serhi. Kommentiert durch Seyyid Muhammed Nur. Istanbul 1976.

Much, Theodor/Pfeifer, Karl: Bruderzwist im Hause Israel. Judentum zwischen Fundamentalismus und Aufklärung. Wien 1999.

Müller, Ernst (Übers.): Der Sohar. Das heilige Buch der Kabbala. München 1998.

Münch, Richard: Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Frankfurt am Main 1998.

Papus: Die Kabbala. Schwarzenburg 1977.

Pauley, Bruce: Vom Vorurteil zur Vernichtung. Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Wien 1993.

Pelinka, Anton/Weinzierl, Erika: Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit. Wien 1997.

Pflegerl, Siegfried: Gastarbeiter zwischen Integration und Abstoßung. Wien-München 1977.

Pflegerl, Siegfried: Die Einheit der Menschheit und globale Datennetze. PCNEWS-53, <http://pcnews.at/?Id=2630>

Pflegerl, Siegfried: "Sieht ihr Film rot auf rot?" oder der Riese Polyphem in der Bewusstseinstheorie. Fortsetzung des Vergleichs zwischen MI und KI. PCNEWS-50, <http://pcnews.at/?Id=2708>

Pflegerl, Siegfried: Das Unendliche und die Grenze. Menschliche und digitalisierte Intelligenz. PCNEWS-26, 27 und 28 (und PCN-SON-1), <http://pcnews.at/?Id=3937> , <http://pcnews.at/?Id=3962> , <http://pcnews.at/?Id=3985> .

Pflegerl, Siegfried: Das VR-Modell der All-Kunst (VR-RM-AK). PCNEWS-40, <http://pcnews.at/?Id=3420>

Pflegerl, Siegfried: Die universale Menschheit und der Info-War oder das Verhältnis von Idee und Geschichte. PCNEWS-60, <http://pcnews.at/?Id=6171>

Pflegerl, Siegfried: Die Vollendete Kunst. Zur Evolution von Kunst und Kunsttheorie. Wien-Köln 1990.

Pflegerl, Siegfried: Flesh-Factor-Informationsmaschine Mensch. PCNEWS-56, <http://pcnews.at/?Id=5922> Auch 'Integrative mind by media', Beitrag vom 21.8.1997.)

Pflegerl, Siegfried: Grundlagen der digitalen Kunsttheorie. PCNEWS-23 (und PCN-SON-1), <http://pcnews.at/?Id=3861>

Philo-Lexikon. Handbuch des jüdischen Wissens. Reprint der Ausgabe Berlin 1936. Frankfurt am Main 1992.

Picard, Jacob: Werke. Lengwil 1996.

Poliakov, Léon: Über den Rassismus. Stuttgart 1979.

Pototschnig, Franz/Putzer, Peter/Drinnerthaler, Alfred (Hg.): Semitismus und Antisemitismus in Österreich. München 1988.

Reiter, Margit: "Ehrbarer Antisemitismus – hilfloser Antifaschismus". Antizionismus und Palästina-Solidarität der Neuen Linken in der BRD im Schatten der NS-Vergangenheit. Diplomarbeit Universität Wien.

Reiter, Margit: Das Verhältnis der österreichischen Linken zu Israel im Kontext mit Nationalismus und Antisemitismus. Dissertation Universität Wien 1998.

Rosenzweig, Franz: Der Stern der Erlösung. Frankfurt am Main 1988.

Sachs, Nelly: Ausgewählte Gedichte. Frankfurt am Main 1963.

Sartre, Jean Paul: Überlegungen zur Judenfrage. Hamburg 1994.

Schirmacher, Frank (Hg.): Die Walser-Bubis-Debatte. Frankfurt am Main 1999.

Schneider, Bernhard/Jochum, Richard (Hg.): Erinnerung an das Töten. Genozid reflexiv. Wien, Köln, Weimar 1999.

Scholem, Gershom: Die jüdische Mystik in ihren Hauptströmungen. Zürich 1957.

Schubert, Kurt: Jüdische Geschichte. München 1996.

Seidler, Horst/Rett, Andreas: Das Reichssippenamt entscheidet. Wien-München 1982.

Siegfried, Klaus-Jörg: Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsmodell Othmar Spanns. Wien 1974.

Sottopietra, Doris: Variationen eines Vorurteils. Eine Entwicklungsgeschichte des Antisemitismus in Österreich. Wien 1997.

Spöttel, Michael: Max Weber und die jüdische Ethik. Die Beziehung zwischen politischer Philosophie und Interpretation der jüdischen Kultur. Frankfurt am Main 1997.

Staffa, Christian/Klinger, Katherine: Die Gegenwart der Geschichte des Holocaust. Intergenerationelle Tradierung und Kommunikation der Nachkommen. Institut für vergleichende Geschichtswissenschaft. Berlin 1998.

Stiefel, Dieter: Entnazifizierung in Österreich. Wien 1981.

Strohm, Harald: Die Gnosis und der Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1997.

Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): "Austrofaschismus". Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934 – 1938. Wien 1985.

Taureck, Bernhard H.F.: Nietzsche und der Faschismus. Leipzig 2000.

Treibel, Annette: Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart. Opladen 2000.

Waldrauch, Harald: Die Integration von Einwanderern. Band 2. Ein Index legaler Diskriminierung. Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. Wien 2000.

Weber, Max: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Tübingen 1934.